

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

116 (19.5.1930)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getheilte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 6 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif. Bei Nichterhaltung der Druckfertigkeit, bei geschäftlicher Betreibung und bei Ausfall der Druckerei tritt o. Verfallung der Druckkosten in Rechnung. Bei Anzeigen-Entnahme 8 Uhr vormittags.

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2.50 Mark o. Ober-Jahresbetrag 2.50 Mark o. Durch die Post 2.66 Mark o. Gaylordstr. 15 Pfennig o. Gehaltlos. Einzelhefte 11 Pfennig o. Postbestellkonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. 2, Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Postfach-Mittel: Durlach, Hauptstraße 9; D.-Baden, Jagdhausstraße 12; Rastatt, Kolenstraße 2; Offenburg, Republikstraße 6

Nummer 116 Karlsruhe, Montag, den 19. Mai 1930 50. Jahrgang

Der badische Parteitag

Der am Samstag und Sonntag im Drei-König-Saal in Karlsruhe stattgefundene Landesparteitag der sozialdemokratischen Partei Badens darf wohl als eine Fortsetzung der traditionellen sozialdemokratischen Parteitage unserer engeren Heimat bezeichnet werden, wenn auch einzelne Töne mitgeschwungen haben, die zeigen, daß die Partei ganz und gar nicht erstarrt ist, wie manche unserer hämischerweise zu Unrecht behaupten, sondern daß die Erfahrung und gründliches Wissen ergänzt wird durch die Lebendigkeit und überprüfende Aktivität. Der an dieser Stelle des Blattes veröffentlichte ausführliche Bericht des Parteitages läßt erkennen, daß gründliche Ueberlegung frischer Kampfesmut in gleicher Weise in der Sozialdemokratie vertreten sind, in der sich reife Erfahrung und jugendliche Kühnheit in bester Weise ergänzen. Wochentag nachmal die Wogen der Auseinandersetzung lebhaft gehen, so trat doch allseits der Wille zum gegenseitigen Verstehen über alle Kritik an wirtschaftlichem und vermeintlichem Zustand allseits die Erkenntnis, der Sache der Arbeiterklasse, die unter dem Druck der Wirtschaftskrisis und der Arbeitslosigkeit einen verzweifeltsten Kampf führt gegen die Ausbeutung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, deren Ungerechtigkeiten gerade in diesen Tagen dem Proletariat immer wieder eingemurmelt wird.

Die Zielrichtung und Diszipliniertheit der badischen Sozialdemokratie manifestierte sich wohl am charakteristischsten in der weisungslosen Annahme der vom Parteiausschuß gemachten Beschlüsse über die Zusammenfassung des neuen Landesvorsitzes und des neuen Parteiausschusses, welche die ununterbrochene Fortsetzung des Kampfes sichern. Auf gleicher Ebene befindet sich die Wahl der Parteitag als Reichstagslandtagsversammlung. Nachdem anstelle des verstorbenen, allgemein bekannten, mit der Geschichte der badischen Sozialdemokratie eng verknüpften Genossen Oskar Ged (Mannheim) der damals gewählten Genossen Ged — Schöpflin — ein Mann, der Parteitag die bisherigen Kandidaten für den Reichstagswahlkreis bestätigt. Als weitere Kandidaten für den Parteitag den Redakteur Gen. Ernst (Mannheim), an vierter Stelle und den bisher auf Reichstagsliste stehenden Gen. Dr. Marum (Karlsruhe) an fünfter Stelle, was allerdings von Karlsruhe peinlich empfunden werden muß, nachdem die Karlsruher Kreisversammlung und auch der Karlsruher Sprecher auf dem Parteitag die Platzierung Marums an vierter Stelle forderte. Mehrere muß jedoch, nachdem der Wunsch Karlsruhes nicht erfüllt wurde, Wert darauf gelegt werden, daß Gen. Reichstagsliste Marum auf die Reichstagsliste gestellt wird — nicht der Sonderinteressen Karlsruhes wegen, sondern im allgemeinen Interesse der Reichstagsfraktion, die nicht gerade politischen Juristen allzureich gelehrt ist.

Der Aufstakt zu dem im Herbst stattfindenden Gemeindevorstandswahl lieferte an Stelle des durch Krankheit verhinderten Gen. Zimmermann (Mannheim) in einem äußerst interessanten Referat Gen. Stadtrat Geiler (Freiburg), der die Bedeutung der Gemeindeverwaltung und die Bedeutung der wirtschaftlichen Betriebe der Gemeinden betrug und treffliche Bemerkungen zur Wohnungsfrage, Schulfrage und zur Frage der Fürsorge und anderen Problemen der Gemeindeverwaltung machte. In einer Entschließung zur Gemeindepolitik wurde die Gemeinde als Grundpfeiler des öffentlichen Lebens bezeichnet und die Sozialdemokratie als stärkster Träger einer demokratischen Gemeindepolitik hervorgehoben. Mögen die bevorstehenden Gemeindevorstandswahlen durch eine wesentliche Beteiligung der Sozialdemokratie die Möglichkeit der reichlicher gemeinsinniger Tätigkeit in den Gemeinden schaffen.

Der Bericht der sozialdemokratischen Landesparteiaktion ist formal unter dem Jähren gesundheitsvollen Zusammenbruch des Genossen Abg. Emil Maier (Heidelberg), dem wir von Herzen wie auch dem zuvor erwähnten Gen. Zimmermann (Mannheim) baldige völlige Genesung wünschen. Abg. Genosse Kückerl (Karlsruhe) hat daher das beiderseits nach streng sachlichen Gesichtspunkten abgegebene Referat beendigen. Draufsch trat bei der Besprechung der bad. Regierungsbildung die Angelegenheit der Vergangenes Unrecht beiseitigen Dotationsfrage in die Diskussion. Die Situation zeigte, in die anderen Dingen. Die Darstellung über die Beratungen des Voranschlags beweisen, daß die Sozialdemokratie unter keinen Umständen einen sozialen Aufbau zu dulden gewillt ist. Allgemeinpolitisch wurde die Feststellung des Ministers Gen. Kemmle gemacht, daß er habe sich schmale Koalition gebildet, es sei dies jedoch ein Notbehelf, aus dem wir uns lösen würden, sofern die Demokraten zur Einigung kommen. Bei der Debatte zur Landespolitik trat vor allem die Schulfrage und die Notwendigkeit der Bildung der breiten Massen hervor, als Zeichen, welche große

Bedeutung in zunehmendem Maße die Kulturfragen für die Arbeiterschaft gewinnen. Ueber alle Einzelheiten darf jedoch die — dem an dem gleichen Tage in Lahr zu ihrem Parteitag verammelten Demokraten als richtige Antwort zu deutende — Entschließung unseres Parteitages als grundlegend gewertet werden: Der sozialdemokratischen Landesparteiaktion und der sozialdemokratischen Landtagsfraktion wird für ihre Haltung bei der Regierungsbildung und für ihre Tätigkeit auf dem Gebiet der Landespolitik das Vertrauen ausgesprochen und die von den Demokraten und der deutschen Volkspartei gegen die Sozialdemokratie angeführten Angriffe, als ob letztere in der Zweiparteien-Koalition die kulturpolitischen Grundlagen der badischen Politik vernachlässigt, werden mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen.

Dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Abg. Gen. Dr. Rudolf Breitscheid, muß anerkennend vermerkt werden, daß er trotz seiner starken Ueberlastung in einem nach den verschiedensten Richtungen sich erstreckenden Referat, die innen- und außenpolitische Lage Deutschlands nach dem Youngplan aus bestorientierter Seite veranschaulichte. Mag man bald diese, bald jene Frage auch anders beurteilen, so wird das Referat gerade dadurch interessant, daß es uns die großen Probleme aus dem Brennpunkt einer Persönlichkeit vorführte, die im Rahmen der Kräfte der Sozialdemokratie für deren Gestaltung in höchstem Maße mitentscheidend ist. Innen- und Außenpolitik, Wirtschaft und Sozialpolitik ließ der ausgezeichnete Redner Revue passieren, dazwischen polemische Bemerkungen streuen: bald an die Adresse der negativ eingestellten Deutschenationalen, bald an die Mittelparteien, welche schon längst die Stunde der Trennung von der Sozialdemokratie hätten für gekommen erachtet wenn die Deutschenationalen Jugenbergs Koalition unfähig gewesen wären, bald an die Adresse des überempfindlichen Zentrums, das den Ton der sozialdemokratischen Presse rügt, ohne dergleichen in eigenen Lager einst und jetzt zu bemerken, bald an die höchste Adresse, um den Bedenken gegen einen zu starken Einfluß der nicht verantwortlichen Umgebung des Reichspräsidenten Ausdruck zu geben und bald schließlich an die Adresse jener extremen Parteien von links und rechts, deren Argumente die Politik des Revolvers und des Messers ist. Einen starken Raum nahm in den Ausführungen des Referenten die Frage der Arbeitslosenversicherung ein, jenes Problem, das in allerstärkstem Maße die Sozialdemokratie beschäftigt, um den Opfern der von uns bekämpften kapitalistischen Wirtschaftsordnung weitgehend zur Seite zu stehen. In innenpolitischer Hinsicht nahm Gen. Breitscheid in eingehender Weise Stellung zu dem Problem der Zoll-, Wirtschafts- und Steuerpolitik. Außenpolitisch richtete er eine Warnung an die Reichsregierung, im Augenblick die ganze Kraft auf die Wiedererlangung des politischen Korridors zu richten oder den außenpolitischen Kurs in der Richtung der Annäherungsoverliche Italiens laufen zu lassen — ein Problem, mit dem sich unser Artikel „Umgruppierung Europas“ im Volksfreund vom letzten Samstag, 17. Mai, eingehend befaßt. Bei aller Kritik der heutigen Regierung Brüning-Teirtrantus-Schiele war es jedoch die positive Stellung zum Staat, die den Akzent der Rede gab:

Rein parteipolitisch gibt uns die Opposition mehr Chance als die Regierungsbeteiligung; nur sollen wir uns davor hüten, darin das Gegebene zu sehen und die Opposition zum Selbstzweck werden zu lassen, wenn dieser Staat auch noch nicht unser Staat, die sozialistische Republik ist, so daß der jetzige Zustand nur als Uebergang zu einer neuen Beteiligung an einer neuen Regierung anzusehen ist. Eine zwar kurze, jedoch sehr lebhaft Diskussionsum zum Referat Breitscheids ließ die verschiedenen Strömungen auf der von politischer Intensität erfüllten Tagung hervortreten.

Abschließend ist es noch notwendig, auf die parteiorganisatorische und agitatorische eminent wichtigen Geschäftsberichte hinzuweisen, welche die Genossen Reinbold und Düsedau zur Tätigkeit und Lage unserer Partei gaben. Sie wirkten belebend und anfeuernd durch die Feststellung, daß zu Pessimismus ganz und gar keine Ursache besteht, daß die Partei organisatorisch marschiert und wir fortschreiten, allen Skeptikern und Gegnern zum Trost. In diesem Vortrage kann die Sozialdemokratie nicht aufgehoben werden durch die den Aufstieg der Arbeiterschaft hemmende und zerstörende Zerlegungsarbeit der Kommunisten. Ebenso wenig vermag jedoch auch das hemmungslose, auf die Verwirrung des politischen Kampfes aufgebaute Treiben der Nationalsozialisten, das als unerhörter Volksbetrug die Vorherrschaft der Kapitalistenklasse zu festigen erzielt und die Arbeiterklasse bewußt in ihrem Befreiungskampf zu hemmen droht, der völkerverfreienden Bewegung der Arbeiterschaft auf die Dauer etwas anzuhängen. Mit Recht ruft daher der Parteitag in einer klaren Entschloßung die gesamte Arbeiterklasse in Stadt und Land zu schärfstem Kampf auf gegen die üble Agitationsdemagogie der Nationalsozialisten, in dem wir volksverfälschender Zerlegung der politischen praktischen Arbeit der Sozialdemokratie gegenüberstellen mit dem festen Entschloß, „in allen öffentlichen Körperschaften, Reich, Staat und Gemeinde, den sozialdemokratischen Einfluß zu stärken, um in sachlicher Arbeit die am deutschen Volkstörper durch Krieg und Inflation geschlagenen Wunden zu heilen“.

Was dem Parteitag einen frischen, über gewohntes Schema hinaus lebhafteren Zug gab, das war die stark hervortretende Verbreiterung der Arbeiterschaft, wie sie in den Forderungen sozialer und kultureller Art hervortrat und aus der bedeutsamen Einschätzung der Frauen- und Jugendfrage ersichtlich war. Die Sozialdemokratie rückt sich in ihren welthistorischen Zielen auf die arbeitende Klasse jeglicher Art, mögen es nun Hand- oder Kopfarbeiter sein, mag die Arbeit hinter dem Schraubstock oder hinter dem Pflug, mit der Feder oder mit dem Ärtel erfolgen, mag es sich um Männer oder Frauen, alt oder jung handeln. Die Sozialdemokratie ist die Partei des arbeitenden Volkes und all ihre Institutionen gelten dem Wohl der breiten Volksmassen. Partei und Presse zu stärken, mit freudiger Begeisterung der Partei zu dienen, ist daher Pflicht der Arbeiterklasse und Voraussetzung weiteren Aufstiegs. In diesem Zeichen werden wir die Sache des demokratischen Sozialismus zum Sieg führen — einer Welt von Feinden zum Trost.

Befehl zur Rheinlandräumung

Lardieu's Kommuniké

Die französische Regierung veröffentlicht folgendes offizielles Kommuniké:

Nachdem die Reparationskommission in ihrer heutigen Sitzung festgestellt hat, daß alle erforderlichen Bedingungen für die Inkraftsetzung des Youngplans erfüllt sind und daß vor allem Deutschland der internationalen Zahlungsabnahme des Reichs die Saager Abkommen vorgesehene Gesamtzuldenzertifikat auschändigt hat, hat Ministerpräsident Lardieu gemäß den Erklärungen, die die Regierung vor dem Parlament abgegeben hat, den Befehl gegeben, die dritte Rheinlandzone zu räumen.

Die französischen Generale haben ferner in ihrem Kampf gegen die Räumung den kürzeren gezogen. Die deutsch-französische Verständigungsmission hat einen großen Erfolg errungen. Gleichzeitig haben die Beziehungen der Reparationskommission zu Deutschland ein Ende gefunden.

Früands Europa-Memorandum

Gleichzeitig mit dem Befehl der französischen Regierung zur Rheinlandräumung, hat der französische Außenminister Berland den Regierungen ein Memorandum über die Organisation eines europäischen Staatenbundes überreicht.

Die Denkschrift besteht aus 10 Druckseiten.

Die Notwendigkeit eines föderativen Systems vertraglich festgelegter Solidarität für die rationelle Gestaltung Europas erache sich schon allein aus den Bedingungen für die Sicherheit und das Wohl der Völker Europas. Selbst das Wirken des Völkerbundes könne in Europa auf ernste Hindernisse stoßen, wenn der territorialen Zerstückelung nicht bald ein Auslösch in Gestalt einer Solidarität gegenübergestellt würde, die es ermöglichte, sich endlich der

geographischen Einheit Europas bewußt zu werden und im Rahmen des Völkerbundes eine jener Abmachungen für bestimmte Gebiete zu treffen, die in der Völkerbundsatzung empfohlen sind. Es handele sich keineswegs darum, eine europäische Gruppe außerhalb des Völkerbundes zu schaffen, sondern im Gegenteil darum, die europäischen Interessen unter der Aufsicht und im Geiste des Völkerbundes miteinander in Einklang zu bringen. Die Bewirkung einer europäischen Bundesorganisation würde sich stets an den Völkerbund anschließen. Es gibt tatsächlich gewisse Fragen, so heißt es in dem Memorandum weiter, die Europa besonders angehen und in denen die europäischen Staaten das Bedürfnis nach einem geordneten und direkten Vorgehen im Interesse des Friedens selbst empfinden können.

Als repräsentatives und verantwortliches Organ wird die Einrichtung einer „europäischen Konferenz“ vorgeschlagen, die aus Vertretern aller europäischen Völkerbundsstaaten bestehen soll. Zur Vermeidung jedes Uebergewichtes müßte der Vorsitzende dieser Konferenz jährlich wechseln. Weiter wird ein Vollzugsprogramm in Gestalt eines föderativen Ausschusses vorgeschlagen. Der Ausschub müße in Genf tagen, wo seine ordentlichen Sitzungsperioden mit denen des Völkerbundesrates zusammenfallen könnten. Auch sein Vorkitz soll der Reihe nach geführt werden.

Zur verwaltungsstechnischen Vorbereitung der Tagungen wird in dem Memorandum ein Sekretariat vorgeschlagen, das anfangs der jeweils vorstehenden Regierung übertragen werden könnte, später als ständiges Sekretariat errichtet werden müßte.

Zweck des politischen Zusammenwirkens sei ein Bund auf der Grundlage der Einigung, nicht der Einheit, d. h. er müsse elastisch genug sein, um die Unabhängigkeit jedem Staat zu wahren, aber allen den Vorteil kollektiver Solidarität gewähre. Endzweck der wirtschaftlichen Organisation sei die gegenseitige Annäherung der europäischen Volkswirtschaften unter der politischen Verantwortung der föderativen Regierung.

Godesurteil und Freispruch

Das Urteil im Giftmordprozess Werner

Im Karlsruhe, 17. Mai. Am heutigen letzten Verhandlungstag im Mordprozess Werner-Märkle wurde als letzter Zeuge der auf Antrag des Verteidigers Witt geladene Bekleidungsbesitzer Hermann Köhler vernommen. Er bestätigte unter Eid, daß die auf dem Sektionsstisch gelegene Leiche diejenige der Frau Werner war.

Es folgte sodann die Verlesung der Protokolle über die Aussagen der getrennt kommissarisch vernommenen Zeugen Eheleute Köhlermann in Bruchsal, Eheleute Binninger und Frau Binninger Witwe in Gundelfingen. Köhlermann war bis 1. September 1927 bei der hiesigen Kriminalpolizei tätig. Von den Beziehungen der Märkle zu Werner erfuhr er erst nach deren Verhaftung. Am Darlegen hatte ihn Werner nicht angegangen. Die Märkle hat er erkannt und auch Spaziergänge mit ihr unternommen. Sie hat ihn auch in Bruchsal aufgesucht. Von den anonymen Briefen wußte der Zeuge Köhlermann, auch seine Frau hatte solche erhalten. Mit den anonymen Schreiben hat er nichts zu tun, er kennt auch nicht den Schreiber oder Absender der Briefe. Der Zeuge gab an, daß die Märkle eine leichtgläubige Frau sei. Ihm hatte sie erklärt, daß sie mit ihrem Mann aufstände.

Die Zeugin Ehefrau Köhlermann hat von den anonymen Briefen erstmals durch Briefe Werners in Gundelfingen im Februar 1928 erfahren. Auch sie hat mit den Briefen nichts zu tun. In den Briefen, — sie hat auch solche erhalten —, wurde Kriminalkommissar Hartmann intimer Beziehungen zu der Zeugin bezeugt. Demals vermutete man in Kriminalsekretär Oppenländer den Briefschreiber.

Es folgte sodann die Verlesung von Auszügen eines Straßenbahnfahrplans. Am Juni 1929 hatte er ein Gespräch mit Werner, in dessen Verlauf dieser ihm sagte, er wolle Karlsruhe verlassen, weil seine Frau schreien würde. Ueber die Verhaftung Werners war der Zeuge sprachlos. Werner hatte ihm öfter über die Krankheit seiner Frau gesprochen und den Wunsch ausgedrückt, daß sie wieder gesund werden möchte. Nach ihrem Tode hatte er gekammert und gesagt, wenn er nur seine Frau wieder hätte, das sei so seine Haushaltung für ihn.

Die Mutter der Angeklagten, Frau Binninger Witwe in Gundelfingen, verweigert das Zeugnis.

Die Schwester der Angeklagten, Ehefrau Magdalena Binninger, schildert die Besuche Werners in Gundelfingen. Nach dem Tode seiner Frau gab er Durchfall und Erbrechen als Todesursache an; es wies auch darauf hin, daß sie gekrankelt hätte. Die Zeugin wußte von früher her, daß es eine schwache Seite der Märkle war, mit verschiedenen Männern anzubandeln. Der Ehemann Märkle schrieb in einem Briefe, seit dem Tode der Frau Werner würde seine Frau nicht mehr zur Arbeit gehen, vernachlässige die Kinder und gehe nachmittags in den Sonntagsgärten mit Werner spazieren. Wegen des Todes der Frau Werner stand nichts weiter in dem Briefe. Werner sagte zu der Zeugin, sie möchte der Märkle zurechen, daß sie zu ihm habe. Er sei sehr unruhig. Wegen der Frau Märkle habe er schon ganze Nächte geweint; sie wußte, warum. Werner gab davon Mitteilung, daß die Leiche seiner Frau ausgegraben worden sei. Einmal hatte sich die Märkle ausgesprochen: „Nicht würde sie alles verraten.“ Wegen ihres Verhältnisses mit Werner hat man die Märkle gewarnt lassen; sie sei alt genug und wisse, was sie zu tun habe. Die Märkle war nicht hochaltäglich veranlagt und kam mit ihrem Gatte nicht aus. Zu Werner habe die Märkle auch einmal gesagt: „Ja, Karl, Georg ist doch mein Mann.“ Werner antwortete darauf, wenn sie wieder zu ihrem Mann gehe, liebe er nicht mehr lange und werde kein Kind mitnehmen. Die Märkle ließ die Bemerkung fallen, wenn sie ein Wort sage, würde Werner im Zuchthaus sitzen. Werner hatte immer Angst gehabt, die Märkle würde ihn verraten. Die Zeugin hatte den Eindruck, daß zwischen beiden noch etwas stehe. Werner hatte auch Selbstmordgedanken geäußert, er wolle sich auf die Schienen legen. Nach Karlsruhe wollte er nicht mehr zurückkehren.

Im Ofen der Frau Märkle wurden Liebesbriefchen gefunden, u. a. einen Liebesbrief an Werner vom 26. Mai. Aus dem Inhalt dieser Briefe ist zu entnehmen, daß die Märkle öfters vernarrt in ihn war, ein Liebestaumel vorgelesen haben mußte, wie allein schon die Anreden erkennen lassen: „Geliebte Seele, innigst geliebter Papa, mein Einsiger, innigst treu Geliebter, geliebtes Herz usw.“ Sie hat sich dann darüber geäußert und die Briefe, weil sie ihr zu überflüssig waren, nicht abgelesen. Sie hatte das Gefühl, das ist doch etwas zu viel.

Mit der Verlesung einiger Stellen aus diesen Briefauszügen findet die Beweisaufnahme ihren Abschluß.

Darauf erteilt der Vorsitzende, Landgerichtspräsident Dr. Rudmann, dem ersten Staatsanwalt Dr. Heiser zur Begründung der Vorladung des Wortes. Der Anklagenvertreter wies zunächst darauf hin, bei der Beirung der Vorgeschichte des Prozesses sei es gleichgefallen, daß der Angeklagte erst verhaftet wurde in dem Augenblick, als durch die Sachverständigen festgestellt war, daß sich in der Leiche der Frau Werner Gift befand und als die Erhebungen ergeben hatten, daß Frau Märkle kurze Tage vorher Arsen besessen hat. Ich schide das voraus nicht allein deshalb, weil ich das Bedürfnis und die Pflicht habe, mich zu rechtfertigen. Sie mögen das für richtig oder falsch halten — Sie werden sehen, daß es der Staatsanwaltschaft fernlegen hat, voreingenommen gegen die Angeklagten zu sein. Es ist auch nur so natürlich und menschlich verständlich, daß es für mich, der ich acht volle Jahre im innigsten Vertrauensverhältnis mit dem Angeklagten Werner zu arbeiten hatte, einfach unmöglich war, zu glauben, daß ich diesen Mann, den ich nur als pflichterfahrenen Beamten kannte, wegen eines derartigen Verbrechens hier sehen würde. Ich hoffte, hartnäckig und betete, es möge die Voruntersuchung nach irgendeiner Richtung noch eine Klärung, daß das nicht sein kann und nicht sein dürfte, bringen. Ich habe mit größter Objektivität das ganze Material gesichtet und war bemüht, irgendwelche Punkte die zugunsten des Angeklagten sprechen, herauszufinden.

In meiner Ueberzeugung von der Schuld des Angeklagten ist nicht mehr der geringste Zweifel. Diese Ueberzeugung ist nicht das Produkt einer Stimmung, sondern das Ergebnis monatelanger ernster Prüfung. Meine Herren Richter! Bei Ihrem Urteil müssen Sie ausgehen von den Tatsachen, die unbedingt zweifelsfrei festgestellt sind. Die Frau Märkle hat am 1. Mai 1929 um die Mittagszeit 20 Gramm Arsen gekauft. Es steht weiter zweifelsfrei fest, daß dieses Arsen noch am gleichen Tage in den Besitz des Angeklagten Werner gekommen ist. Es steht fest, daß am 3. Mai, knapp zwei Tage nach dieser Giftbeschaffung die Frau Werner erkrankte und sie starb in der Frühe des 7. Mai, und es steht endlich fest, daß die Todesursache der Frau Werner Arsenvergiftung war. In den wenigen Versuchsstellen, die zur Untersuchung kamen, fanden sich allein 0,16 Gramm, also schon das Quantum, das zur Tötung eines Menschen ausreicht. Der Anklagenvertreter verweist hierbei auf die Untersuchungsergebnisse und Folgerungen der Sachverständigen. Die Glaubwürdigkeit der Frau Märkle wird wenig günstig beurteilt. Wenn man ihren Lügen auf den Grund geht, so stellt sich heraus, daß sie das auf Lug und Trug aufgebaute ehebrüchliche Verhältnis mit Werner vor ihrem Mann, aber auch vor der Kriminalpolizei und der Frau Werner gegenüber geheimhalten mußte. Man kann nicht annehmen, daß sie in dem Prozeß, wo es sich um das Leben des Angeklagten Werner handelt, ein Interesse daran habe, die Unwahrheit zu sprechen. Ihre eigene Lage wird durch die Lüge nicht verbessert. Wenn Sie die Glaubwürdigkeit der beiden Angeklagten gegeneinander abwägen, dann müssen Sie angeben, daß die Glaubwürdigkeit der Märkle höher zu bewerten ist, als die des Angeklagten Werner. Er hat der Märkle die Aussagen für die Beschaffung des Giftes besorgt. Dafür, daß es in der Telegrafendruckerei, in der Wohnung Werners und im Papierhändler der Kriminalpolizei hatten nicht, dafür fehlen die Anhaltspunkte. Die vermutete Schilberung Werners trage den Stempel der Unwahrscheinlichkeit; es hatte ihn nichts gebindert und es war

keine Pflicht, seiner Frau das Gift abzunehmen. Er sprach von Selbstmordgedanken seiner Frau, von denen kein Mensch wußte. Die Krankheitserscheinungen der Frau Werner waren die typischen einer Arsenvergiftung. Es mag richtig sein, daß Frau Werner zunächst nichts von Verzeihen wußte. Samstags, nachts 11 Uhr, wurde der Arzt geholt; schon um die Mittagszeit erkrankte Frau Märkle. Die Frau Werner ist krank und muß sterben.“ Er hat die Sektion der Leiche, zu der ihm der Arzt angeraten hatte, abgelehnt; er hätte die Leiche, da es sich um einen gewaltsamen Todesfall handelt, amtlich sezieren lassen können, das hätte den Angeklagten nichts gekostet. Gegen Selbstmord spricht das Verhalten der Frau Werner bei ihrer Erkrankung. Sie hätte im Falle eines Selbstmordes ihrem Rinde, an dem sie hing, oder ihrer Schwester, mit der sie aufstand, eine Nachricht zukommen lassen können. Frau Märkle hatte kein Interesse daran, den Angeklagten zu belasten. Das von ihr wiedergegebene Geständnis ist glaubhaft. Die Ehe mit seiner Frau, zu der der letzte Funke Liebe erloschen war, war für Werner, wie er selbst sagte, ein Hölleleben. Er schrieb Briefe an Frau Märkle, von denen man nicht annehmen sollte, daß sie von einem 45jährigen geschriebenen sind. Die Ursache von Werners Verdrüssung ist noch in Dunkel gehüllt. Bezeichnend ist das Verhalten des Angeklagten nach dem Tode seiner Frau: Er verbot der Binninger, die Märkle unter Leute zu lassen, da sie schwänzte. In den letzten Tagen vor seiner Verhaftung in Gundelfingen konnte er keine Ruhe mehr finden: „Das Geheimnis verfolge mich. Ich kann nicht mehr schlafen, nicht mehr arbeiten, nicht mehr denken.“ Der Anklagenvertreter begründete im weiteren Verlauf seines weitläufigen Plädoyers eingehend die Vorladung durch die Würdigung der Ergebnisse der Beweisaufnahme und kommt zu dem Schluß: Nach allem dem können Sie keinen Zweifel haben an der Schuld der Angeklagten. „Ich beantrage gegen beide Angeklagte wegen Verdes die Todesstrafe und den Verzicht der bürgerlichen Ehrenrechte.“

Der Verteidiger des Angeklagten Werner, Rechtsanwalt Hoffmann, erörterte in seinem Plädoyer zunächst die Frage, ob Mord oder Totschlag vorliege. Er verneinte die Frage nach der Ueberzeugung des Angeklagten. Er wies auf die Verfassung der Angeklagten hin, die sie als geistig und seelisch verfassunglos darstellte, und die Tatumsstände und die Auslassung der Angeklagten spreche dagegen, daß er Ueberzeugung gehabt hat. Der Verteidiger vertritt die Ueberzeugung, daß Werner mildererbait ist. Seine Beförderung zum Kriminalkommissar stelle einen Mißgriff dar. Seine Karriere entspreche nicht seinen Leistungen. Ihm fehlte die geistige Qualifikation zum Kriminalkommissar. Werner war der Frau Märkle völlig verfallen. Diese menschliche Tragödie, die sich hier abspielte, sei eine Sexualtafelmusik. Werner habe in einem Sühnheitsverhältnis zu Mitangeklagten gestanden. Wenn einer von denen, die es wußten, aufgefunden wäre und hätte das Netz der Verdrüssung zwischen Werner und der Märkle zerrissen, vielleicht wäre diese Katastrophe vermieden worden. Die Schuldlosigkeit des Angeklagten spreche dafür, mit welcher Kopfschüttelung der Angeklagte mit sich imfand, hussischhaft ein Geheimnis hat die Märkle verdrüssig erstickt, was sich einmal mit der Märkle eingelassen habe, komme nicht mehr von ihr los. Die Täterschaft des Angeklagten Werner ist durch die eingehende Verhandlung vor dem Schwurgericht nicht in einer Weise erwiesen, daß die letzten Zweifel so beseitigt wären, daß ein Urteil getragen sein könnte von der vollen Ueberzeugung, daß der unmittelbare Täter, der selbst Hand angelegt hat an seine Frau, der Angeklagte Werner war. Werner habe es wahrscheinlich gar nicht gewollt, daß auf dem amtlichen Wege eine Giftbeschaffung erfolgte. Hauptbelastungsmoment bildet das Geständnis der Märkle. Dieses ist unwahr. Der Verteidiger vertritt die Ansicht, daß Werner die Märkle durch das furchtbare Geständnis eines Verbrechens an sich hatte fetten wollen. Der äußere Verlauf der Krankheit der Frau Werner ist nicht in Einklang zu bringen mit diesem Geständnis. Professor Schwarzacher sagte, es sei normal, wenn morgens vor 8 Uhr das Gift in den Frühstücksfaktas gebracht werde, die Krankheitserscheinungen erst nach dem Mittagessen auftraten. Nach dem Geständnis hat die Märkle verdrüssig, ihren eigenen Ansehen größeres Nachdruck zu verleihen. Der Beweis, daß sich Werner gewissermaßen habe, seine Frau ins Krankenhaus zu verbringen, ist durch die Zeugin Eilendorff nicht erbracht. Die These vom Selbstmord ist nicht widerlegt. Die Verhandlung habe nicht vermocht, das letzte Geheimnis des Ehelebens Werners und des Geheimnis der Sterbestunde zu enthüllen. Das Werner immerhin den Tod seiner Frau gemüßigt haben mag, das kann möglich sein, aber wir haben keinen Beweis dafür, daß er von diesem verdamnenswerten Wunsch getrieben den letzten Schritt über den Abgrund getan und Hand an seine Frau gelegt hat. Da begründete Zweifel an der Schuld Werners vorhanden seien, hat der Verteidiger den Gerichtshof um Freispruch beantragt.

Der Verteidiger der Märkle, Rechtsanwalt Witt, kennzeichnet den Fall, der sich vor dem Schwurgericht abspielte, als erschütternd. Die Angeklagte Märkle habe ein gerüttelt Maß von Schuld auf sich geladen, eine moralische Schuld, die sie sicher bis an ihr Lebensende mit sich trage. Sie ist der Verführung zum Opfer gefallen und hat keine Hemmungen gehabt. Es seien zahlreiche Milderungsgründe zugunsten der Angeklagten Märkle vorhanden, die zum Ausbeugungsobjekt der Männer geworden sei. Der heutige Sittenverfall habe auch auf die unteren Schichten übergriffen. Die moralische Schuld der Angeklagten sei jedoch nicht mit der rechtlichen zu verwechseln. Der Mittäterschaft des Mordes habe sie sich nicht schuldig gemacht; sie habe die Tat nicht als ihre eigene gewollt. Die Beteiligung der Frau Märkle ist vielleicht nur Beihilfe. Der Verteidiger verweist auf Fehlerquellen bei der Beweiserhebung. Ein Fehler liege darin, daß man jetzt rückwärts konstruierte. Er hält es für ausgeschlossen, daß ein Kriminalkommissar, der einen Mord begehen will, zu einer gefährlichen Fustung geht und sagt: „Bitte, besorge mir Arsen.“ Die Märkle wollte mit der Beförderung des Arsen den Beweis ihrer Liebe erbringen. Erst als sie von der Gefährlichkeit des Giftes Kenntnis hatte, äußerte sie Bedenken, die von Werner serretzt wurden. Die Frau hat dann nachgesehen, daß mit dem Gift nichts passiert. Sehn oder zwölf Leuten hat sie von dem Arsen gesprochen. Wenn zwei einen Mord begehen wollen, dann werden sie es doch niemand sagen. Als sie die Rollen in der Sage legte, handelte es sich nicht um die abgedruckte Geste einer schamlosen Mörderin. Sie stand vor dem Sorg und fragte sich, ich möchte wissen was ihr gefehlt hat. Es sind starke Zweifel an der Schuld der Angeklagten Märkle vorhanden. Die Beweiserhebung sei lüdenhaft. Der Verteidiger warnte vor einem Justizmord. Er beantragte Freisprechung der Angeklagten Märkle.

Nach kurzen Repliken richtet der Vorsitzende an die Angeklagten die Frage, ob sie noch etwas zu sagen haben. Beide Angeklagten antworteten, sie hätten keine Erklärung mehr abzugeben.

Um zwei Uhr sah das Gericht zur Urteilsberatung, die mindestens zwei Stunden dauern wird, zurück.

Im Karlsruhe, 17. Mai. Gegen Nachmittag wurde der Andrang des Publikums auf den Straßen und das Gerichtsgelände und im Gerichtssaal unannehmlich. Unter atemlos Spannung des Publikums verkündete der Vorsitzende, Landgerichtspräsident Dr. Rudmann, nach 2 1/2 stündiger Beratung um 1/6 Uhr folgendes Urteil:

Der Angeklagte Werner wird wegen Mordes zum Tode verurteilt. Die bürgerlichen Ehrenrechte werden ihm auf Lebenszeit aberkannt. Die Angeklagte Luise Märkle geb. Mathis wird von der erhobenen Anklage freigesprochen. (Bewegung und Lärm im Publikum.) Die Kosten des Verfahrens hat die Angeklagte Werner zu tragen, die durch das Verfahren gegen die Märkle entstandenen Sonderkosten hat die Staatskasse zu tragen.

Der Vorsitzende gab dann folgende

Urteilsbegründung:

Der § 211 des Strafgesetzbuches sagt: „Wer vorsätzlich einen Menschen tötet, wird, wenn er die Tötung mit Ueberlegung begangen hat, wegen Mordes mit dem Tode bestraft.“ Die Frage, ob die das Schwurgericht zu beantwortenden, aufgrund dieser feststehenden Bestimmungen waren:

1. Hat der Angeklagte seine Frau getötet?
2. Hat er sie vorsätzlich getötet?
3. Hat er mit oder ohne Ueberlegung getötet?

Das Schwurgericht hat aufgrund der Angaben der Zeugen der Angeklagten und aufgrund des Gutachtens der Sachverständigen die volle Ueberzeugung gewonnen, daß der Angeklagte Werner seine Frau vergiftet, also getötet hat. Der Angeklagte bestritt die Tat. Er ist derselben aber überführt. Seine Darstellung, wie die Frau ums Leben gekommen sein soll, ist durch das Ergebnis der Verhandlung widerlegt. Der Angeklagte behauptet, seine finanziellen Verhältnisse hätten ihn zum Mord angetrieben. Seine Darstellung ist unglaubhaft. Der Angeklagte hat seine Frau nicht getötet, sondern er an ihrer Seite schon seit Jahren ein Hölleleben geführt. Auch wenn er, was er zu Beginn der Untersuchung angedeutet hat, mit der Märkle ein Verhältnis gehabt hätte, so hätte er nicht durch die Märkle seine Frau getötet, sondern durch die Märkle seine Frau getötet. Die Ueberzeugung des Schwurgerichtes ist nach Ansicht des Schwurgerichtes unerschütterlich. Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt. Zu dieser Ueberzeugung hat das Schwurgericht die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt. Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt. Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt.

Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt. Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt. Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt. Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt.

Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt. Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt. Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt. Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt.

Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt. Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt. Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt. Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt.

Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt. Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt. Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt. Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt.

Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt. Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt. Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt. Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt.

Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt. Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt. Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt. Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt.

Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt. Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt. Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt. Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt.

Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt. Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt. Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt. Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt.

Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt. Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt. Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt. Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt.

Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt. Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt. Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt. Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt.

Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt. Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt. Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt. Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt.

Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt. Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt. Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt. Das Schwurgericht hat die Angeklagte Werner als Täterin festgestellt.

Einkommensteuersatz, wie er von bürgerlicher Seite geplant ist, können wir uns nicht befehlen. Es gibt 44,7 Prozent Einkommensteuerschuldige, die unter 1200 M. Einkommen haben. Auch gegen die Kopfsteuer, wie sie vorgeschlagen ist, müssen wir uns entschieden wenden.

Der Finanzminister gewisser kleiner und mittlerer Gemeinden kann nur geboten werden, wenn vom Staate aus ein Ausgleichsfonds für diese Gemeinden geschaffen wird. Redner streifte jedoch das neue badische Finanzgesetz und bemerkte, daß wenn die Einkommensteuern geändert werden, auch die Gemeinden davon betroffen werden. Die Einnahmen auf Grund des neuen Finanzgesetzes sind für die Gemeinden sehr problematischer Natur. Die außerordentliche Not des badischen Landes ist sehr zu bedauern, aber auch die Gemeinden leiden sehr unter der Not, sie wissen oft nicht, wie sie ihre dringenden Verpflichtungen erfüllen können. Es wirkt sich diese Not auch in wirtschaftlicher Beziehung aus. Die Gemeinden sind gezwungen, sich auf den Weg der Anleihen zu begeben. Die Schulden der deutschen Gemeinden belaufen sich auf 5774 Millionen Mark. Die hohe Summe der im Ausland aufgenommenen Anleihen zeigt, daß die Beratungskommission so bald wie möglich verschwinden muß und auch auf diesem Gebiete die Selbstverwaltung der Gemeinden einzuleiten hat. Die Gemeinden können durch ihre Organisation ein gewisses Kontrollrecht ausüben. Die schädliche Politik der Abwertung der ausländischen Anleihen war geradezu eine verdröhnliche. Aufträge für die private Wirtschaft können nicht mehr in dem Maße erteilt werden, wie es bisher der Fall war. Aber Staaten kann nicht unter allen Umständen als wirtschaftlich bezeichnet werden.

Die Wirtschaftsbetriebe der Gemeinden

Redner schon seit Jahren im Brennpunkt der Kritik der privaten Wirtschaft. In seinen Gemeindevorträgen ist es zu verzeichnen, daß die Wirtschaftsbetriebe auch vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus geleitet werden. Das soziale Moment muß die notwendige Berücksichtigung erfahren, die Betriebe müssen sich selbst erhalten und erneuern. Die Tarife haben eine soziale Gestaltung zu erfahren. Schon 1925 haben die Gemeinden 8 Prozent ihres Steuerbedarfs aus den Einnahmen der Gemeindebetriebe gedeckt, im Jahre 1928 die Städte über 50 000 Einwohner sogar 17,8 Prozent und die Gemeinden über 200 000 Einwohner sogar 19,3 Prozent. Die Herren, die so gern die Besteuerung der Gemeindebetriebe fordern, sollten doch bedenken, daß diese Steuer auch wieder aufgehoben werden muß.

Eine gesunde Grund- und Bodenpolitik ist für die Gemeinden erst recht erforderlich. Die Wertminderungssteuer muß als eine wertvolle Maßnahme gegen den Grund- und Bodenwucher bezeichnet werden. Vor dem Kriege ist in dieser Beziehung von bürgerlicher Seite schwer gearbeitet worden. Die Sozialdemokratie hat das Verdienst, gerade hier einen neuen Geist in die Gemeinde gebracht zu haben.

Die Wohnungsfrage

hat eine außerordentliche Bedeutung in der Gemeindepolitik. Die Wohnungsfrage ist eine Mietpreisfrage, denn die meisten Arbeiter, Angestellten und Beamten können die Miete für Neubauwohnungen nicht bezahlen. Die Mittel aus der Gebäudebesondersteuer sind zu spät verbilligt worden, die Tilgungsquoten und der Zins sollten herabgesetzt werden, um billigere Wohnungen bauen zu können. Mit dem Kleinwohnungsbaue wird man die Miete nicht herabsetzen können, unter 40 Quadratmeter Wohnfläche sollte man nicht gehen. Die Bedeutung des Straßenbaus und der Straßenunterhaltung ist heute viel größer als vor dem Kriege. Die Gemeinden sind viel mehr belastet mit den Straßenkosten als früher. Die Lösung der Frage durch den Landtag ist eine Überwachungsfrage. Die zentrale Verwaltung der Straßen und Wege, wie sie vom Staatspräsidenten gefordert wird, kann nützlich sein. Von großer Wichtigkeit für die Gemeinden ist die Aufhebung von Industrie- und Gewerbesteuer. Erreicht man den Zweck, daß die Volksschule einen weiteren Ausbau erfahren soll. Die Mittel- und höheren Schulen können aber eingeschränkt werden und das Berechtigungsweisen muß verschärft werden.

Fürsorge

spielt eine ganz besonders wichtige Rolle. Der Zuschußbedarf der Gemeinden für die Fürsorge ist unannehmer gestiegen, besonders für die Wohlfahrtsverbände ist der Bedarf sehr groß. Erforderlich ist eine Ausdehnung der Krisenfürsorge, um eine Entlastung der Gemeinden zu erzielen. Das Fürsorgeerzwingnis muß als gesund bezeichnet werden, von einer Ueberbreitung kann nicht gesprochen werden. Nicht nur eine materielle, sondern auch eine sittliche und seelische Not bringt die Arbeitslosigkeit mit sich. Beschaffung von Arbeit ist eine dringende Notwendigkeit. Die Wünsche der kapitalistischen Wirtschaft zeigen sich gerade hier außerordentlich.

Das Gebiet der kulturellen Maßnahmen

ist für die Gemeinden ebenfalls sehr wichtig. Heute haben wir 40 000 Genossen und Genossinnen, die in der Gemeinde tätig sind und ihre Arbeit wird selbst von bürgerlicher Seite anerkannt. Redner verweist zum Schluß auf August Bebel, der die Bedeutung der Gemeindepolitik schon erkannt und fordert auf enger Mitarbeit in der Gemeinde auf.

Das Referat wurde mit allgemeinem, lautsprechendem Beifall quittiert und eine Ausprache nicht befiel.

Entschlüsse

Die Erkenntnis, daß die Gemeinde im Laufe der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte in zunehmendem Maße zum Grundpfeiler des öffentlichen Lebens wurde, hat die Sozialdemokratie schon viele Jahre vor dem Kriege veranlaßt, den vielseitigen gemeindlichen Arbeiten verantwortungsbewusstes Interesse entgegen zu bringen. Der Krieg und seine furchtbaren Folgen haben die Aufgaben und Pflichten der Gemeinden sehr erheblich erweitert und damit zugleich ihre finanzielle Belastung außerordentlich gesteigert. Die Sozialdemokratie hat erkannt, daß die Veränderung der Steuerorganisation eine Frage der Lebensfähigkeit des Reiches ist. Die finanzielle Belastung der Gemeinden, besonders auf dem wichtigen Gebiete der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fürsorge, erfordert aber dringend, daß auch unter der veränderten Steuerbelastung die Lebensfähigkeit der Gemeinden auf fester Grundlage gewährleistet wird. Von diesem Gesichtspunkte muß die große Aufgabe der Verwaltungsreform, der Steuervereinfachung und des endgültigen Finanzausgleiches behandelt werden. Insbesondere ist zu fordern, daß die Gemeinden auf dem Gebiete der Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge in kürzester Zeit eine finanzielle Entlastung erfahren. Die Fürsorge für die Erwerbslosen ist eine gesellschaftliche Pflicht.

Die Sozialdemokratie ist im Laufe der letzten Jahrzehnte durch die sachverständige, verantwortungsvolle und zielbewusste Tätigkeit in den gemeindlichen Körperlichkeiten zum härtesten Träger einer fortschrittlichen Gemeindepolitik geworden. Einer Gemeindepolitik, die über die Gemeindegrenzen hinaus das große Interesse der Gesamtheit des schaffenden Volkes zur Grundlage hat und damit sehr oft im schärfsten Gegensatz zu den gemeindlichen Interessenpolitik der bürgerlichen Wirtschaftsklassen und Parteien steht. Von diesem Geiste des Fortschritts und Allgemeininteresses ist auch die programmatische Forderung getragen, ein einheitliches Gemeindericht auf der Grundlage des Einkommenssystems und der weitestgehenden Selbstverwaltung zu schaffen.

Der Parteitag der badischen Sozialdemokratie appelliert an die wertvolle Bevölkerung in Stadt und Land, aus der wachsenden Bedeutung der gemeindlichen Arbeiten und der erfolgreichen gemeinnützigen Tätigkeit der großen Zahl sozialdemokratischer Gemeindevorsteher die notwendige Folgerung zu ziehen. Die bevorstehenden Gemeindevahlen müssen eine wesentliche Stärkung der Sozialdemokratie, der Trägerin der großen betrieblenden Reichheitsgrundlagen bringen, in deren Geiste schon bisher viele Tausende ihrer Vertreter erfolgreich gewirkt haben.

Bericht der Landtagsfraktion

Den Bericht erstattete Landtagsabg. Staatsrat Maier-Heidelberg. Der Redner beschäftigte sich zunächst mit den verflochtenen Landtagswahlen. Das gegenwärtige Wahlgesetz hat den Nachteil, daß durch es die ungeheure Parteienzersetzung möglich ist. Einbebindend behandelte Gen. Maier dann die Regierungsbildung nach den Wahlen. Man hat in unseren Kreisen großen Wert darauf gelegt, daß der alte Zustand beibehalten werden sollte. Die liberal-demokratische Arbeitsgemeinschaft hat nicht den geringsten Grund, uns Vorwürfe zu machen, denn ihre Ungeheuerlichkeit und Falschheit sind schon, das es so gekommen ist, wie es heute ist. Die Deutsche Volkspartei war von Anfang an bestrebt, die Sozialdemokratie aus der Regierung zu verdrängen. Das Zentrum hatte verschiedene Möglichkeiten, eine tragfähige Regierung zu bilden. Mit das Gesicht über Verrat liberaler Grundbesitzer durch uns ist unwahr. Die Liberalen haben vertrieben sich selbst aus der Arbeit des Landtags zu erlösen. Großen Sicherungsversuchen machte die verhängnisvolle Geschäftsordnung ein Ende. Es ist falsch, wenn behauptet wird, wir hätten der früheren großherzoglichen Familie mit dem Ankauf der Bilder ein Geschenk gemacht. Die Anwesenheit war eine reine Geschäftsfrage. Die Fraktion hat recht geachtet, wenn sie dem Kauf zugestimmt hat, denn die verkauften Bilder dürfen nicht außer Landes kommen. Viel Staub aufgewirbelt hat die Frage der

Dotationen

Bei der Regierungsbildung hat nicht die Sozialdemokratie, wie die Gegner behaupten, sich dem Zentrum in der Frage der Dotationen unterworfen, sondern gerade das Gegenteil war der Fall. Wir behielten freie Hand. Die Verhandlung war nicht leicht. Das Zentrum stimmte schließlich einem Abbau zu.

Der Redner wird von einem pöhligen Anwohler befallen. Es ist deshalb Gen. Müller den Bericht fort. Zum ersten Male, seit ein Dotationsgesetz besteht, wurde es möglich, einen Abbau herbeizuführen. Die Sozialdemokratie stellte ganz positive Anträge. Sie verlangte einen 20prozentigen Abbau, der aber von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt wurde. Die Vorlage der Regierung hat zweifellos die Opposition überlebt, denn sie hat nie erwartet, daß die Zweiparteienregierung auf einen Schlag einen 20prozentigen Abbau vorzuschlagen würde. Die Politik der Opposition war unehrlich, sie war nur darauf gerichtet, die Zweiparteienkoalition zu sprengen. Wir gingen den Weg, den wir als den richtigen erkannt hatten. Erfolgreich ist, daß unsere Politik von den religiösen Sozialisten als richtig anerkannt wurde.

Staatsvoranschlag

Die größte Sorge war für uns das Defizit von 41 Millionen. Wir gingen an die Beratungen heran mit der festen Entschlossenheit, keinen sozialen und keinen kulturellen Abbau zu dulden. Es gelang uns, diese Absicht zu verwirklichen. Der Betrag für die gebobene Fürsorge wurde hinaufgesetzt, nachdem wir vor zwei Jahren sehr schwer darum kämpfen mußten. Es gelang uns, die Beiträge zur Schulpflicht der Betriebsräte, für die Arbeitersekretariate und die Arbeiterwohlfahrt zu erhöhen (Braun). Die Geschäftsleiter bei der Annahme dieser Erhöhungen ist erfolgreich gewesen.

Wir haben die Einkommensteuer abgelehnt; es war dies nicht leicht angesichts der Tatsache, daß 43 Millionen Defizit der Haushalt aufweist und die Gemeinden einen größeren Anteil verlornten. Die Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer ist ebenfalls so Fall gebracht worden; auch hieran hat die Arbeiterbewegung ein großes Interesse. Wir stehen in der Realisierung der Sache an der Spitze in Deutschland. Gegen die Steuervermehrung des Reiches haben wir uns gemandt. Ein fühlbarer Erfolg wäre auch kaum zu erwarten gewesen. Ob der Betrag von 780 000 M. bei der Besteuerung der freien Berufe herauskommt, ist ungewiß. Unrecht ist es allerdings nicht, wenn die der allgemeinen Not auch die Verste und Rechtsanwältin fürher herangezogen werden. Ebe wir einer Kopfsteuer zustimmen, müssen erst alle anderen Steuermöglichkeiten erschöpft werden. Unseren Beschluß zur Gebäudebesondersteuer können wir nach jeder Seite verteidigen. Gern haben wir der Schulpflichterhöhung nicht zugestimmt. Statt Erhaltung der Volkshandnorm hätte man besser lazen sollen, Geleg zur Verbilligung des Lehreraufbaues. Die Weitererhöhung der Fleischsteuer ist ein Kind der Not. Es blieb uns nichts anderes übrig, wenn wir die Kopfsteuer verbilligen wollten. Wir haben immer auf die Unerschlichkeit dieser Steuer hinweisen. Die Frage bedeutet auch eine große Belastung des Zentrums. Es blieb aber gegenüber den verlockenden Anträgen der Opposition handhast, so daß Herr Dr. Mattes ausruhen zu müßte glaubte, das Zentrum sei im Scheitern der Sozialdemokratie. Wir hoffen, daß in zwei Jahren die Steuer befristet wird.

Die Gemeinden haben erklärt, sie würden bei der neuen Verteilung schlechter wegkommen. Die Städte gehen aber von falschen Voraussetzungen aus. Angesichts der großen Zahl der Arbeitslosen sinkt der Einkommensteuerschlüssel herab und auch die Körperschaftsteuer fällt. Die Ueberverteilungen betragen 5 Millionen Mark weniger bis heute. Das Land kann nur so viel verteilen, als es hat. Die Regierung hatte einen Verteilungsschlüssel von 66 2/3 Prozent zu 33 1/3 Prozent vorgeschlagen, gegenüber 65 Prozent zu 35 Prozent bisher. Die Sozialdemokratie tat, was ihr möglich war, den bisherigen Verteilungsschlüssel zu erhalten. Alle Wünsche der Gemeinden konnten wir nicht erfüllen. Aber wir haben uns bemüht, den Gemeinden zu geben, was irgend möglich war.

Offenbar von langer Hand vorbereitet, haben die Oppositionsparteien verücht, beim Kultusetat die Sozialdemokratie vom Zentrum zu trennen. Die Absicht gelang nicht; wir stimmten dem

Kultusetat

zu gegen die Hoffnung der Opposition. Von den Kommunisten bis zum evangelischen Volksdienst stimmte die ganze Opposition gegen den Kultusetat. Weshalb haben die Evangelischen Volksgenossen des evangelischen Volksdienst gewählt, wenn dieser nichts zu tun weiß, wie den Kultusetat abzulehnen. Drollig war die Haltung der Kommunisten. Sie haben bei dem berühmten Auszug aus dem Saale wegen der Schindlerpolitik als einzige Oppositionspartei im Saale und hatten damit dem Saale zur Beschlußfähigkeit. Dafür durften sie nach Herzenslust schimpfen. — Zum Schluß behandelt der Redner noch das Strahlengesetz. Die sozialdemokratische Fraktion hat in unerträglicher Arbeit die Interessen des Landes und des Volkes bewahrt, sie hat die sozialen und kulturellen Belange geschützt und sie ist auch gewillt, diese Linie weiterhin beizubehalten. — Lebhaftige Zustimmung.

Ausprache

Gen. Hochbach-Karlsruhe begrüßt vom Standpunkt des Kulturpolitikers aus, daß das Unterrichtsministerium von einem Sozialdemokraten besetzt ist, wenn es auch zu bedauern sei, daß das Unterrichtsministerium verloren ging. Das Märchen, daß nur der Fachmann Minister sein könne, ist durch die Tätigkeit des Gen. Kemmele glatt widerlegt worden. Sehr bedauerlich ist die Erhöhung des Schulgeldes. Die Schulgeldbefreiungen sind ein schlechter Ersatz. Die höhere Schule ist schon wie bisher eine Ständeschule. Wir schlagen gänzliche Beilegung des Schulgeldes vor; statt dessen sollte eine Schulpflicht geschaffen werden. Die Erziehung weiterer Schichten ist ein Kulturwerk, den kein Land sich sonst leisten. Wir wollen den Kindern der Volksschule den Weg zu den höchsten Stellen frei machen. Das Bildungserzwingnis muß befristet werden; das ist auch ein Stück Kulturkampf.

Gen. Martha Wehner-Mannheim spricht zur Berufsschule. Diese Schule gibt dem größten Teil des Volkes eine abschließende Bildung. Ein neues Schuljahr würde auch wirtschaftliche Vorteile bringen. Ein Reichsbereichsschulgesetz wäre ein kultureller Fortschritt. Die landwirtschaftliche Fortbildungsschule muß ausgebaut werden. Die gewerblichen Fortbildungsschulen sind in Gebirgsgegenden unumwandelbar, wobei auf die ungelerten Arbeiter besonders Rücksicht zu nehmen ist. Der Hauskultusunterricht muß im Sinne der modernen, rationalisierenden Hauswirtschaft gestaltet werden. Auf allgemeine Charakterbildung ist der größte Wert zu legen.

Gen. Kimmelmann-Karlsruhe beschäftigt sich ebenfalls mit Schul- und Bildungsfragen. Das Reich hat die großen Kulturpolitischen Hoffnungen nicht erfüllt. Es wächst ein neuer Kulturkrisenherd heran, was eine große Zersplitterung zur Folge hat. Auch in den Gemeinden werden bald die Kämpfe um die Schulprobleme beginnen. Hauptproblem für uns kann nur sein: Bildung der Arbeiter. In den Berufsschulen macht sich hart das Bestreben geltend, die Bildung handelt es sich nicht um eine ständes- oder berufsständische Frage, sondern um eine Bildungsfrage.

Gen. Bols-Sodenheim billigt die Haltung der Fraktion. Man müsse verlangen, daß auch das Zentrum als Koalitionspartner auf unsere Gefühle Rücksicht nimmt. Die Art, wie wir von neuem Gefühlen bekämpft werden, muß zurückgewiesen werden. Wir haben in Verwaltung und Schule noch nicht den Einfluß, auf den wir Anspruch haben. Wir verlangen in jeder Beziehung Gleichberechtigung.

Gen. Minister Dr. Kemmele stellt fest, daß unsere Beteiligung an der Regierung die Funktionäre des Zentrums nicht abgeben hat, uns zu befähigen. Täten sie das allerdings nicht, so müßten viele Genossen sagen, was uns denn vom Zentrum noch unterwerfen. Wir sind froh, daß uns die anderen befähigen. (Sehr richtig.) Die Auf kulturpolitischem Gebiete ist viel zu leisten. Die sozialdemokratische Fraktion und der Parteiauschuß hätten es gerne geäußert, wenn es möglich gewesen wäre, die Weimarer Koalition zu erhalten oder die große Koalition zu schaffen. Die zwei Minister einer Partei ist ein Nothbehelf. Wenn durch Schaffung eines Koalition für die Simultanlösung in Gefahr wäre, hätten wir in der Koalition nichts mehr zu tun. Zustimmung und Beifall. Die Schlußfrage wird aus dem Kontext herausbleiben. Wir haben nicht zu bedauern, Staatsbewußtsein gezeigt und praktische Arbeit geleistet zu haben. — Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird einstimmig angenommen.

Gen. Abg. Küster behandelt in seinem Schlußwort einige in der Debatte angeführte Fragen. Die Fraktion werde in der nächsten Frage ihre Pflicht tun, viele Aufgaben sind bei Gen. Kemmele in guten Händen.

Es wird im Anschluß hieran über die zur Landespolitik bringenden Anträge abgestimmt. Die angenommenen Anträge bringen wir am Schluß des Berichtes.

Als letzter Tagesordnungspunkt folgt nun die Rede des Reichstagsabg. Breitfeld über die deutsche Innen- und Außenpolitik.

Die inner- und außenpolitische Lage Deutschlands nach dem Youngplan

Reichstagsabg. Dr. Breitfeld führte in seinem Vortrag über die Lage des Reiches nach dem Youngplan aus, daß die Sozialdemokratie freibleibig und untreue Politik aus der Regierung ausgeht. Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe, die Wirtschaft zu beleben, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und die Lebensfähigkeit des Reiches zu sichern. Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe, die Wirtschaft zu beleben, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und die Lebensfähigkeit des Reiches zu sichern. Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe, die Wirtschaft zu beleben, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und die Lebensfähigkeit des Reiches zu sichern.

Wir stellen mit allem Nachdruck fest, daß die Finanzminister des Reiches nicht verantwortlich zu machen ist. Unter der Herrschaft des Damesplans hat die damalige Regierung die Wirtschaft ruiniert, Reserven anverwandelt, im Gegenteil es wurden die vorhandenen Reserven verbraucht und eine Schuldenlast von 1 Milliarde dazu gefügt. Bei solchen Verhältnissen trat die Regierung in die Verantwortung. Der Kreditbedarf des Reiches liegt zuletzt auf 200 Millionen Mark.

Es ist falsch, zu behaupten, daß die Regierung Müller nicht die Schuld hat, über die Schwierigkeiten hinwegzukommen. Die Schuldeneindeung ist ein Verbrechen. Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe, die Wirtschaft zu beleben, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und die Lebensfähigkeit des Reiches zu sichern. Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe, die Wirtschaft zu beleben, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und die Lebensfähigkeit des Reiches zu sichern.

Die Finanzlage des Reiches war der Anlaß für die bürgerlichen Unternehmenseigenen zu einem Vorstoß gegen die Arbeitslosenversicherung. Diese Versicherung ist den Unternehmern ein Ärgernis im Auge. Die Leuanen nicht, daß von gewissen Leuten die Arbeitslosenversicherung getrieben werden. Wir haben einen gewissen Erfolg erzielt, um zu verhindern, daß die bürgerlichen Parteien die Arbeitslosenversicherung nicht. Die Regierung machte eine Vorlage, in der die Arbeitslosenversicherung innerhalb des Finanzprogramms als Kompromißmaßnahme vorgesehen war. Die bürgerlichen Parteien haben sich nicht für die Arbeitslosenversicherung ausgesprochen. Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe, die Wirtschaft zu beleben, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und die Lebensfähigkeit des Reiches zu sichern. Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe, die Wirtschaft zu beleben, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und die Lebensfähigkeit des Reiches zu sichern.

Der Artikel 48 der Reichsverfassung konnte in jener Sitzung nicht angewendet werden. Der Artikel kann doch unmöglich angewendet werden, wenn die Regierung die Verantwortung für die Arbeitslosenversicherung nicht übernimmt. Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe, die Wirtschaft zu beleben, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und die Lebensfähigkeit des Reiches zu sichern. Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe, die Wirtschaft zu beleben, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und die Lebensfähigkeit des Reiches zu sichern.

Wenn auch die Regierungsvorlage angenommen worden wäre, so wäre es dennoch sehr zweifelhaft gewesen, ob das Kabinett die Verantwortung für die Arbeitslosenversicherung übernehmen würde. Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe, die Wirtschaft zu beleben, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und die Lebensfähigkeit des Reiches zu sichern. Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe, die Wirtschaft zu beleben, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und die Lebensfähigkeit des Reiches zu sichern.

Das schleunige Tempo bei der Regierungsbildung ist ein Zeichen für die Unfähigkeit der bürgerlichen Parteien, die Verantwortung für die Arbeitslosenversicherung zu übernehmen. Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe, die Wirtschaft zu beleben, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und die Lebensfähigkeit des Reiches zu sichern. Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe, die Wirtschaft zu beleben, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und die Lebensfähigkeit des Reiches zu sichern.

Der letzte Minister Tresivanos beteiligt war, ist nicht abzuweihen. Mit einem gewissen Recht ist das Kabinett als ein Kabinett des Reichspräsidenten Hindenburg zu bezeichnen.

Das Steuerprogramm

Die Regierung war hart. Es geht für uns nicht an, den Staat durch direkte Steuern zu unterstützen. Es ist auch nicht an der Reihe, die indirekten Steuern zu erhöhen. Wir müssen uns auf andere Weise helfen. Die Besteuerung der Einkommen ist ein sehr wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Einkommensteuer gerecht ist und den Arbeitern einen angemessenen Schutz bietet. Die Besteuerung der Körperschaften ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Körperschaften gerecht besteuert werden und die Einkommensteuer nicht zu hoch ist. Die Besteuerung der Erbschaften ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Erbschaftsteuer gerecht ist und den Arbeitern einen angemessenen Schutz bietet. Die Besteuerung der Gewinne ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Gewinnsteuer gerecht ist und den Arbeitern einen angemessenen Schutz bietet.

Die Einkommensteuer ist ein sehr wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Einkommensteuer gerecht ist und den Arbeitern einen angemessenen Schutz bietet. Die Besteuerung der Körperschaften ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Körperschaften gerecht besteuert werden und die Einkommensteuer nicht zu hoch ist.

Die Besteuerung der Erbschaften ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Erbschaftsteuer gerecht ist und den Arbeitern einen angemessenen Schutz bietet. Die Besteuerung der Gewinne ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Gewinnsteuer gerecht ist und den Arbeitern einen angemessenen Schutz bietet.

Die Einkommensteuer ist ein sehr wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Einkommensteuer gerecht ist und den Arbeitern einen angemessenen Schutz bietet. Die Besteuerung der Körperschaften ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Körperschaften gerecht besteuert werden und die Einkommensteuer nicht zu hoch ist.

Die Besteuerung der Erbschaften ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Erbschaftsteuer gerecht ist und den Arbeitern einen angemessenen Schutz bietet. Die Besteuerung der Gewinne ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Gewinnsteuer gerecht ist und den Arbeitern einen angemessenen Schutz bietet.

Die Einkommensteuer ist ein sehr wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Einkommensteuer gerecht ist und den Arbeitern einen angemessenen Schutz bietet. Die Besteuerung der Körperschaften ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Körperschaften gerecht besteuert werden und die Einkommensteuer nicht zu hoch ist.

Die Besteuerung der Erbschaften ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Erbschaftsteuer gerecht ist und den Arbeitern einen angemessenen Schutz bietet. Die Besteuerung der Gewinne ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Gewinnsteuer gerecht ist und den Arbeitern einen angemessenen Schutz bietet.

Die Einkommensteuer ist ein sehr wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Einkommensteuer gerecht ist und den Arbeitern einen angemessenen Schutz bietet. Die Besteuerung der Körperschaften ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Körperschaften gerecht besteuert werden und die Einkommensteuer nicht zu hoch ist.

Die Besteuerung der Erbschaften ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Erbschaftsteuer gerecht ist und den Arbeitern einen angemessenen Schutz bietet. Die Besteuerung der Gewinne ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Gewinnsteuer gerecht ist und den Arbeitern einen angemessenen Schutz bietet.

Die Einkommensteuer ist ein sehr wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Einkommensteuer gerecht ist und den Arbeitern einen angemessenen Schutz bietet. Die Besteuerung der Körperschaften ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Körperschaften gerecht besteuert werden und die Einkommensteuer nicht zu hoch ist.

Die Besteuerung der Erbschaften ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Erbschaftsteuer gerecht ist und den Arbeitern einen angemessenen Schutz bietet. Die Besteuerung der Gewinne ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Gewinnsteuer gerecht ist und den Arbeitern einen angemessenen Schutz bietet.

Die Einkommensteuer ist ein sehr wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Einkommensteuer gerecht ist und den Arbeitern einen angemessenen Schutz bietet. Die Besteuerung der Körperschaften ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Körperschaften gerecht besteuert werden und die Einkommensteuer nicht zu hoch ist.

Die Besteuerung der Erbschaften ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Erbschaftsteuer gerecht ist und den Arbeitern einen angemessenen Schutz bietet. Die Besteuerung der Gewinne ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Gewinnsteuer gerecht ist und den Arbeitern einen angemessenen Schutz bietet.

Die Einkommensteuer ist ein sehr wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Einkommensteuer gerecht ist und den Arbeitern einen angemessenen Schutz bietet. Die Besteuerung der Körperschaften ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Körperschaften gerecht besteuert werden und die Einkommensteuer nicht zu hoch ist.

Die Besteuerung der Erbschaften ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Erbschaftsteuer gerecht ist und den Arbeitern einen angemessenen Schutz bietet. Die Besteuerung der Gewinne ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Gewinnsteuer gerecht ist und den Arbeitern einen angemessenen Schutz bietet.

Die Einkommensteuer ist ein sehr wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Einkommensteuer gerecht ist und den Arbeitern einen angemessenen Schutz bietet. Die Besteuerung der Körperschaften ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Körperschaften gerecht besteuert werden und die Einkommensteuer nicht zu hoch ist.

Die Besteuerung der Erbschaften ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Erbschaftsteuer gerecht ist und den Arbeitern einen angemessenen Schutz bietet. Die Besteuerung der Gewinne ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Gewinnsteuer gerecht ist und den Arbeitern einen angemessenen Schutz bietet.

Die Einkommensteuer ist ein sehr wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Einkommensteuer gerecht ist und den Arbeitern einen angemessenen Schutz bietet. Die Besteuerung der Körperschaften ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Körperschaften gerecht besteuert werden und die Einkommensteuer nicht zu hoch ist.

Die Besteuerung der Erbschaften ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Erbschaftsteuer gerecht ist und den Arbeitern einen angemessenen Schutz bietet. Die Besteuerung der Gewinne ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Gewinnsteuer gerecht ist und den Arbeitern einen angemessenen Schutz bietet.

Die Einkommensteuer ist ein sehr wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Einkommensteuer gerecht ist und den Arbeitern einen angemessenen Schutz bietet. Die Besteuerung der Körperschaften ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Körperschaften gerecht besteuert werden und die Einkommensteuer nicht zu hoch ist.

Die Besteuerung der Erbschaften ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Erbschaftsteuer gerecht ist und den Arbeitern einen angemessenen Schutz bietet. Die Besteuerung der Gewinne ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Gewinnsteuer gerecht ist und den Arbeitern einen angemessenen Schutz bietet.

Die Einkommensteuer ist ein sehr wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Einkommensteuer gerecht ist und den Arbeitern einen angemessenen Schutz bietet. Die Besteuerung der Körperschaften ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Körperschaften gerecht besteuert werden und die Einkommensteuer nicht zu hoch ist.

Die Besteuerung der Erbschaften ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Erbschaftsteuer gerecht ist und den Arbeitern einen angemessenen Schutz bietet. Die Besteuerung der Gewinne ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Gewinnsteuer gerecht ist und den Arbeitern einen angemessenen Schutz bietet.

Keigen. Unsere Aufgabe ist, den Massen das Ziel vorzusetzen, dem wir zustreben.

Aussprache über die Rede des Genossen Dr. Breitscheid

Gen. Benedek-Konstantin lobt Kritik an der Haltung der Genossen in der Reichsregierung in verschiedenen Fragen. Das Militär ist nur ein Instrument, auf dem ein paar Generale Politik zu machen versuchen. Solange wir ein Wehrprogramm haben, haben wir die Gefahr internationaler Konflikte. Wie kann man all den Menschen, die täglich nach der Kurzel des Staates streifen, wie Ludendorff, die nicht nach den Personen sondern nach den Tatsachen mehr finanzielle Politik zu treiben. Wir müssen anfangen, dass das Kabinett Müller etwas Verdienste gehabt hat.

Gen. Ebert-Mannheim: Was bisher Fraktion und Partei im Reichstag getan hat, muss Bedenken erregen. Die bürgerlichen Parteien haben betont, uns nicht aus der Verantwortung entziehen zu lassen. Wir können aber auch eine oppositionelle Stellung zum Kabinett Müller einnehmen. Außenpolitisch ist zu sagen, dass unter dem Kabinett Müller zu den Verhandlungen über den Youngplan leider zu viel unserer schriftlichen politischen Gegner entgegen wurden. Der Redner erklärt, dass er trotz seiner oppositionellen Einstellung zur Politik der Partei tatkräftig in den Reihen der Sozialdemokratie für die Verwirklichung deren Ideale kämpfen werde.

Gen. Stefan Meier-Freiburg: Wenn der Gen. Benedek von dem Postulatus draußen in den Massen sprach, so muss dagegen gefragt werden, dass dies nicht in dem Maße zutrifft, wie behauptet wird. Wir müssen lernen, mit realpolitischen Tatsachen zu rechnen. Das das Motto nicht durchgedrungen ist, ist einer der schwersten Formwörter, den wir dem Kabinett Brünning zu machen haben. Wenn wir nach der Wahl 1928 abhört in die Regierung einmündig hätten, hätten wir keine 14 Tage gebraucht, bis das Kabinett Müller bestanden wäre. Gerade auf außenpolitischen Gebieten hat das Kabinett Müller einen Erfolg zu verzeichnen, den kein Geschichtsschreiber aus der Welt wird schaffen können. Wenn wir der deutschen Arbeiterklasse dienen wollen, dann müssen wir an den Staat herantreten, um sie zu befreien, die Macht zu bekommen.

Gen. Garbuder-Mannheim: Wenn der Gen. Benedek von dem Postulatus draußen in den Massen sprach, so muss dagegen gefragt werden, dass dies nicht in dem Maße zutrifft, wie behauptet wird. Wir müssen lernen, mit realpolitischen Tatsachen zu rechnen. Das das Motto nicht durchgedrungen ist, ist einer der schwersten Formwörter, den wir dem Kabinett Brünning zu machen haben. Wenn wir nach der Wahl 1928 abhört in die Regierung einmündig hätten, hätten wir keine 14 Tage gebraucht, bis das Kabinett Müller bestanden wäre. Gerade auf außenpolitischen Gebieten hat das Kabinett Müller einen Erfolg zu verzeichnen, den kein Geschichtsschreiber aus der Welt wird schaffen können. Wenn wir der deutschen Arbeiterklasse dienen wollen, dann müssen wir an den Staat herantreten, um sie zu befreien, die Macht zu bekommen.

Gen. Garbuder-Mannheim: Wenn der Gen. Benedek von dem Postulatus draußen in den Massen sprach, so muss dagegen gefragt werden, dass dies nicht in dem Maße zutrifft, wie behauptet wird. Wir müssen lernen, mit realpolitischen Tatsachen zu rechnen. Das das Motto nicht durchgedrungen ist, ist einer der schwersten Formwörter, den wir dem Kabinett Brünning zu machen haben. Wenn wir nach der Wahl 1928 abhört in die Regierung einmündig hätten, hätten wir keine 14 Tage gebraucht, bis das Kabinett Müller bestanden wäre. Gerade auf außenpolitischen Gebieten hat das Kabinett Müller einen Erfolg zu verzeichnen, den kein Geschichtsschreiber aus der Welt wird schaffen können. Wenn wir der deutschen Arbeiterklasse dienen wollen, dann müssen wir an den Staat herantreten, um sie zu befreien, die Macht zu bekommen.

Gen. Garbuder-Mannheim: Wenn der Gen. Benedek von dem Postulatus draußen in den Massen sprach, so muss dagegen gefragt werden, dass dies nicht in dem Maße zutrifft, wie behauptet wird. Wir müssen lernen, mit realpolitischen Tatsachen zu rechnen. Das das Motto nicht durchgedrungen ist, ist einer der schwersten Formwörter, den wir dem Kabinett Brünning zu machen haben. Wenn wir nach der Wahl 1928 abhört in die Regierung einmündig hätten, hätten wir keine 14 Tage gebraucht, bis das Kabinett Müller bestanden wäre. Gerade auf außenpolitischen Gebieten hat das Kabinett Müller einen Erfolg zu verzeichnen, den kein Geschichtsschreiber aus der Welt wird schaffen können. Wenn wir der deutschen Arbeiterklasse dienen wollen, dann müssen wir an den Staat herantreten, um sie zu befreien, die Macht zu bekommen.

Gen. Garbuder-Mannheim: Wenn der Gen. Benedek von dem Postulatus draußen in den Massen sprach, so muss dagegen gefragt werden, dass dies nicht in dem Maße zutrifft, wie behauptet wird. Wir müssen lernen, mit realpolitischen Tatsachen zu rechnen. Das das Motto nicht durchgedrungen ist, ist einer der schwersten Formwörter, den wir dem Kabinett Brünning zu machen haben. Wenn wir nach der Wahl 1928 abhört in die Regierung einmündig hätten, hätten wir keine 14 Tage gebraucht, bis das Kabinett Müller bestanden wäre. Gerade auf außenpolitischen Gebieten hat das Kabinett Müller einen Erfolg zu verzeichnen, den kein Geschichtsschreiber aus der Welt wird schaffen können. Wenn wir der deutschen Arbeiterklasse dienen wollen, dann müssen wir an den Staat herantreten, um sie zu befreien, die Macht zu bekommen.

Gen. Garbuder-Mannheim: Wenn der Gen. Benedek von dem Postulatus draußen in den Massen sprach, so muss dagegen gefragt werden, dass dies nicht in dem Maße zutrifft, wie behauptet wird. Wir müssen lernen, mit realpolitischen Tatsachen zu rechnen. Das das Motto nicht durchgedrungen ist, ist einer der schwersten Formwörter, den wir dem Kabinett Brünning zu machen haben. Wenn wir nach der Wahl 1928 abhört in die Regierung einmündig hätten, hätten wir keine 14 Tage gebraucht, bis das Kabinett Müller bestanden wäre. Gerade auf außenpolitischen Gebieten hat das Kabinett Müller einen Erfolg zu verzeichnen, den kein Geschichtsschreiber aus der Welt wird schaffen können. Wenn wir der deutschen Arbeiterklasse dienen wollen, dann müssen wir an den Staat herantreten, um sie zu befreien, die Macht zu bekommen.

Gen. Garbuder-Mannheim: Wenn der Gen. Benedek von dem Postulatus draußen in den Massen sprach, so muss dagegen gefragt werden, dass dies nicht in dem Maße zutrifft, wie behauptet wird. Wir müssen lernen, mit realpolitischen Tatsachen zu rechnen. Das das Motto nicht durchgedrungen ist, ist einer der schwersten Formwörter, den wir dem Kabinett Brünning zu machen haben. Wenn wir nach der Wahl 1928 abhört in die Regierung einmündig hätten, hätten wir keine 14 Tage gebraucht, bis das Kabinett Müller bestanden wäre. Gerade auf außenpolitischen Gebieten hat das Kabinett Müller einen Erfolg zu verzeichnen, den kein Geschichtsschreiber aus der Welt wird schaffen können. Wenn wir der deutschen Arbeiterklasse dienen wollen, dann müssen wir an den Staat herantreten, um sie zu befreien, die Macht zu bekommen.

Gen. Garbuder-Mannheim: Wenn der Gen. Benedek von dem Postulatus draußen in den Massen sprach, so muss dagegen gefragt werden, dass dies nicht in dem Maße zutrifft, wie behauptet wird. Wir müssen lernen, mit realpolitischen Tatsachen zu rechnen. Das das Motto nicht durchgedrungen ist, ist einer der schwersten Formwörter, den wir dem Kabinett Brünning zu machen haben. Wenn wir nach der Wahl 1928 abhört in die Regierung einmündig hätten, hätten wir keine 14 Tage gebraucht, bis das Kabinett Müller bestanden wäre. Gerade auf außenpolitischen Gebieten hat das Kabinett Müller einen Erfolg zu verzeichnen, den kein Geschichtsschreiber aus der Welt wird schaffen können. Wenn wir der deutschen Arbeiterklasse dienen wollen, dann müssen wir an den Staat herantreten, um sie zu befreien, die Macht zu bekommen.

Gen. Garbuder-Mannheim: Wenn der Gen. Benedek von dem Postulatus draußen in den Massen sprach, so muss dagegen gefragt werden, dass dies nicht in dem Maße zutrifft, wie behauptet wird. Wir müssen lernen, mit realpolitischen Tatsachen zu rechnen. Das das Motto nicht durchgedrungen ist, ist einer der schwersten Formwörter, den wir dem Kabinett Brünning zu machen haben. Wenn wir nach der Wahl 1928 abhört in die Regierung einmündig hätten, hätten wir keine 14 Tage gebraucht, bis das Kabinett Müller bestanden wäre. Gerade auf außenpolitischen Gebieten hat das Kabinett Müller einen Erfolg zu verzeichnen, den kein Geschichtsschreiber aus der Welt wird schaffen können. Wenn wir der deutschen Arbeiterklasse dienen wollen, dann müssen wir an den Staat herantreten, um sie zu befreien, die Macht zu bekommen.

Gen. Garbuder-Mannheim: Wenn der Gen. Benedek von dem Postulatus draußen in den Massen sprach, so muss dagegen gefragt werden, dass dies nicht in dem Maße zutrifft, wie behauptet wird. Wir müssen lernen, mit realpolitischen Tatsachen zu rechnen. Das das Motto nicht durchgedrungen ist, ist einer der schwersten Formwörter, den wir dem Kabinett Brünning zu machen haben. Wenn wir nach der Wahl 1928 abhört in die Regierung einmündig hätten, hätten wir keine 14 Tage gebraucht, bis das Kabinett Müller bestanden wäre. Gerade auf außenpolitischen Gebieten hat das Kabinett Müller einen Erfolg zu verzeichnen, den kein Geschichtsschreiber aus der Welt wird schaffen können. Wenn wir der deutschen Arbeiterklasse dienen wollen, dann müssen wir an den Staat herantreten, um sie zu befreien, die Macht zu bekommen.

Gen. Garbuder-Mannheim: Wenn der Gen. Benedek von dem Postulatus draußen in den Massen sprach, so muss dagegen gefragt werden, dass dies nicht in dem Maße zutrifft, wie behauptet wird. Wir müssen lernen, mit realpolitischen Tatsachen zu rechnen. Das das Motto nicht durchgedrungen ist, ist einer der schwersten Formwörter, den wir dem Kabinett Brünning zu machen haben. Wenn wir nach der Wahl 1928 abhört in die Regierung einmündig hätten, hätten wir keine 14 Tage gebraucht, bis das Kabinett Müller bestanden wäre. Gerade auf außenpolitischen Gebieten hat das Kabinett Müller einen Erfolg zu verzeichnen, den kein Geschichtsschreiber aus der Welt wird schaffen können. Wenn wir der deutschen Arbeiterklasse dienen wollen, dann müssen wir an den Staat herantreten, um sie zu befreien, die Macht zu bekommen.

Gen. Garbuder-Mannheim: Wenn der Gen. Benedek von dem Postulatus draußen in den Massen sprach, so muss dagegen gefragt werden, dass dies nicht in dem Maße zutrifft, wie behauptet wird. Wir müssen lernen, mit realpolitischen Tatsachen zu rechnen. Das das Motto nicht durchgedrungen ist, ist einer der schwersten Formwörter, den wir dem Kabinett Brünning zu machen haben. Wenn wir nach der Wahl 1928 abhört in die Regierung einmündig hätten, hätten wir keine 14 Tage gebraucht, bis das Kabinett Müller bestanden wäre. Gerade auf außenpolitischen Gebieten hat das Kabinett Müller einen Erfolg zu verzeichnen, den kein Geschichtsschreiber aus der Welt wird schaffen können. Wenn wir der deutschen Arbeiterklasse dienen wollen, dann müssen wir an den Staat herantreten, um sie zu befreien, die Macht zu bekommen.

Gen. Garbuder-Mannheim: Wenn der Gen. Benedek von dem Postulatus draußen in den Massen sprach, so muss dagegen gefragt werden, dass dies nicht in dem Maße zutrifft, wie behauptet wird. Wir müssen lernen, mit realpolitischen Tatsachen zu rechnen. Das das Motto nicht durchgedrungen ist, ist einer der schwersten Formwörter, den wir dem Kabinett Brünning zu machen haben. Wenn wir nach der Wahl 1928 abhört in die Regierung einmündig hätten, hätten wir keine 14 Tage gebraucht, bis das Kabinett Müller bestanden wäre. Gerade auf außenpolitischen Gebieten hat das Kabinett Müller einen Erfolg zu verzeichnen, den kein Geschichtsschreiber aus der Welt wird schaffen können. Wenn wir der deutschen Arbeiterklasse dienen wollen, dann müssen wir an den Staat herantreten, um sie zu befreien, die Macht zu bekommen.

Gen. Garbuder-Mannheim: Wenn der Gen. Benedek von dem Postulatus draußen in den Massen sprach, so muss dagegen gefragt werden, dass dies nicht in dem Maße zutrifft, wie behauptet wird. Wir müssen lernen, mit realpolitischen Tatsachen zu rechnen. Das das Motto nicht durchgedrungen ist, ist einer der schwersten Formwörter, den wir dem Kabinett Brünning zu machen haben. Wenn wir nach der Wahl 1928 abhört in die Regierung einmündig hätten, hätten wir keine 14 Tage gebraucht, bis das Kabinett Müller bestanden wäre. Gerade auf außenpolitischen Gebieten hat das Kabinett Müller einen Erfolg zu verzeichnen, den kein Geschichtsschreiber aus der Welt wird schaffen können. Wenn wir der deutschen Arbeiterklasse dienen wollen, dann müssen wir an den Staat herantreten, um sie zu befreien, die Macht zu bekommen.

Gen. Garbuder-Mannheim: Wenn der Gen. Benedek von dem Postulatus draußen in den Massen sprach, so muss dagegen gefragt werden, dass dies nicht in dem Maße zutrifft, wie behauptet wird. Wir müssen lernen, mit realpolitischen Tatsachen zu rechnen. Das das Motto nicht durchgedrungen ist, ist einer der schwersten Formwörter, den wir dem Kabinett Brünning zu machen haben. Wenn wir nach der Wahl 1928 abhört in die Regierung einmündig hätten, hätten wir keine 14 Tage gebraucht, bis das Kabinett Müller bestanden wäre. Gerade auf außenpolitischen Gebieten hat das Kabinett Müller einen Erfolg zu verzeichnen, den kein Geschichtsschreiber aus der Welt wird schaffen können. Wenn wir der deutschen Arbeiterklasse dienen wollen, dann müssen wir an den Staat herantreten, um sie zu befreien, die Macht zu bekommen.

Gen. Garbuder-Mannheim: Wenn der Gen. Benedek von dem Postulatus draußen in den Massen sprach, so muss dagegen gefragt werden, dass dies nicht in dem Maße zutrifft, wie behauptet wird. Wir müssen lernen, mit realpolitischen Tatsachen zu rechnen. Das das Motto nicht durchgedrungen ist, ist einer der schwersten Formwörter, den wir dem Kabinett Brünning zu machen haben. Wenn wir nach der Wahl 1928 abhört in die Regierung einmündig hätten, hätten wir keine 14 Tage gebraucht, bis das Kabinett Müller bestanden wäre. Gerade auf außenpolitischen Gebieten hat das Kabinett Müller einen Erfolg zu verzeichnen, den kein Geschichtsschreiber aus der Welt wird schaffen können. Wenn wir der deutschen Arbeiterklasse dienen wollen, dann müssen wir an den Staat herantreten, um sie zu befreien, die Macht zu bekommen.

Gen. Garbuder-Mannheim: Wenn der Gen. Benedek von dem Postulatus draußen in den Massen sprach, so muss dagegen gefragt werden, dass dies nicht in dem Maße zutrifft, wie behauptet wird. Wir müssen lernen, mit realpolitischen Tatsachen zu rechnen. Das das Motto nicht durchgedrungen ist, ist einer der schwersten Formwörter, den wir dem Kabinett Brünning zu machen haben. Wenn wir nach der Wahl 1928 abhört in die Regierung einmündig hätten, hätten wir keine 14 Tage gebraucht, bis das Kabinett Müller bestanden wäre. Gerade auf außenpolitischen Gebieten hat das Kabinett Müller einen Erfolg zu verzeichnen, den kein Geschichtsschreiber aus der Welt wird schaffen können. Wenn wir der deutschen Arbeiterklasse dienen wollen, dann müssen wir an den Staat herantreten, um sie zu befreien, die Macht zu bekommen.

Gen. Garbuder-Mannheim: Wenn der Gen. Benedek von dem Postulatus draußen in den Massen sprach, so muss dagegen gefragt werden, dass dies nicht in dem Maße zutrifft, wie behauptet wird. Wir müssen lernen, mit realpolitischen Tatsachen zu rechnen. Das das Motto nicht durchgedrungen ist, ist einer der schwersten Formwörter, den wir dem Kabinett Brünning zu machen haben. Wenn wir nach der Wahl 1928 abhört in die Regierung einmündig hätten, hätten wir keine 14 Tage gebraucht, bis das Kabinett Müller bestanden wäre. Gerade auf außenpolitischen Gebieten hat das Kabinett Müller einen Erfolg zu verzeichnen, den kein Geschichtsschreiber aus der Welt wird schaffen können. Wenn wir der deutschen Arbeiterklasse dienen wollen, dann müssen wir an den Staat herantreten, um sie zu befreien, die Macht zu bekommen.

Gen. Garbuder-Mannheim: Wenn der Gen. Benedek von dem Postulatus draußen in den Massen sprach, so muss dagegen gefragt werden, dass dies nicht in dem Maße zutrifft, wie behauptet wird. Wir müssen lernen, mit realpolitischen Tatsachen zu rechnen. Das das Motto nicht durchgedrungen ist, ist einer der schwersten Formwörter, den wir dem Kabinett Brünning zu machen haben. Wenn wir nach der Wahl 1928 abhört in die Regierung einmündig hätten, hätten wir keine 14 Tage gebraucht, bis das Kabinett Müller bestanden wäre. Gerade auf außenpolitischen Gebieten hat das Kabinett Müller einen Erfolg zu verzeichnen, den kein Geschichtsschreiber aus der Welt wird schaffen können. Wenn wir der deutschen Arbeiterklasse dienen wollen, dann müssen wir an den Staat herantreten, um sie zu befreien, die Macht zu bekommen.

Gen. Garbuder-Mannheim: Wenn der Gen. Benedek von dem Postulatus draußen in den Massen sprach, so muss dagegen gefragt werden, dass dies nicht in dem Maße zutrifft, wie behauptet wird. Wir müssen lernen, mit realpolitischen Tatsachen zu rechnen. Das das Motto nicht durchgedrungen ist, ist einer der schwersten Formwörter, den wir dem Kabinett Brünning zu machen haben. Wenn wir nach der Wahl 1928 abhört in die Regierung einmündig hätten, hätten wir keine 14 Tage gebraucht, bis das Kabinett Müller bestanden wäre. Gerade auf außenpolitischen Gebieten hat das Kabinett Müller einen Erfolg zu verzeichnen, den kein Geschichtsschreiber aus der Welt wird schaffen können. Wenn wir der deutschen Arbeiterklasse dienen wollen, dann müssen wir an den Staat herantreten, um sie zu befreien, die Macht zu bekommen.

Gen. Garbuder-Mannheim: Wenn der Gen. Benedek von dem Postulatus draußen in den Massen sprach, so muss dagegen gefragt werden, dass dies nicht in dem Maße zutrifft, wie behauptet wird. Wir müssen lernen, mit realpolitischen Tatsachen zu rechnen. Das das Motto nicht durchgedrungen ist, ist einer der schwersten Formwörter, den wir dem Kabinett Brünning zu machen haben. Wenn wir nach der Wahl 1928 abhört in die Regierung einmündig hätten, hätten wir keine 14 Tage gebraucht, bis das Kabinett Müller bestanden wäre. Gerade auf außenpolitischen Gebieten hat das Kabinett Müller einen Erfolg zu verzeichnen, den kein Geschichtsschreiber aus der Welt wird schaffen können. Wenn wir der deutschen Arbeiterklasse dienen wollen, dann müssen wir an den Staat herantreten, um sie zu befreien, die Macht zu bekommen.

Gen. Garbuder-Mannheim: Wenn der Gen. Benedek von dem Postulatus draußen in den Massen sprach, so muss dagegen gefragt werden, dass dies nicht in dem Maße zutrifft, wie behauptet wird. Wir müssen lernen, mit realpolitischen Tatsachen zu rechnen. Das das Motto nicht durchgedrungen ist, ist einer der schwersten Formwörter, den wir dem Kabinett Brünning zu machen haben. Wenn wir nach der Wahl 1928 abhört in die Regierung einmündig hätten, hätten wir keine 14 Tage gebraucht, bis das Kabinett Müller bestanden wäre. Gerade auf außenpolitischen Gebieten hat das Kabinett Müller einen Erfolg zu verzeichnen, den kein Geschichtsschreiber aus der Welt wird schaffen können. Wenn wir der deutschen Arbeiterklasse dienen wollen, dann müssen wir an den Staat herantreten, um sie zu befreien, die Macht zu bekommen.

Gen. Garbuder-Mannheim: Wenn der Gen. Benedek von dem Postulatus draußen in den Massen sprach, so muss dagegen gefragt werden, dass dies nicht in dem Maße zutrifft, wie behauptet wird. Wir müssen lernen, mit realpolitischen Tatsachen zu rechnen. Das das Motto nicht durchgedrungen ist, ist einer der schwersten Formwörter, den wir dem Kabinett Brünning zu machen haben. Wenn wir nach der Wahl 1928 abhört in die Regierung einmündig hätten, hätten wir keine 14 Tage gebraucht, bis das Kabinett Müller bestanden wäre. Gerade auf außenpolitischen Gebieten hat das Kabinett Müller einen Erfolg zu verzeichnen, den kein Geschichtsschreiber aus der Welt wird schaffen können. Wenn wir der deutschen Arbeiterklasse dienen wollen, dann müssen wir an den Staat herantreten, um sie zu befreien, die Macht zu bekommen.

Gen. Garbuder-Mannheim: Wenn der Gen. Benedek von dem Postulatus draußen in den Massen sprach, so muss dagegen gefragt werden, dass dies nicht in dem Maße zutrifft, wie behauptet wird. Wir müssen lernen, mit realpolitischen Tatsachen zu rechnen. Das das Motto nicht durchgedrungen ist, ist einer der schwersten Formwörter, den wir dem Kabinett Brünning zu machen haben. Wenn wir nach der Wahl 1928 abhört in die Regierung einmündig hätten, hätten wir keine 14 Tage gebraucht, bis das Kabinett Müller bestanden wäre. Gerade auf außenpolitischen Gebieten hat das Kabinett Müller einen Erfolg zu verzeichnen, den kein Geschichtsschreiber aus der Welt wird schaffen können. Wenn wir der deutschen Arbeiterklasse dienen wollen, dann müssen wir an den Staat herantreten, um sie zu befreien, die Macht zu bekommen.

Seiblers: Der Parteitag beauftragt den Landesvorstand, beim Parteitag in Berlin und bei der Reichstagsfraktion dahin zu wirken, dass bei besonderen, ausschließlich das Land Baden betreffenden politischen Kämpfen, mehr Reichstagsabgeordnete und sonstige bekannte, führende Parteigenossen für Versammlungen verpflichtet werden. Ebenso fordert der Parteitag, dass alle Reichs- und Landtagsabgeordneten verpflichtet werden, im Anschluss an alle größeren politischen Ereignisse für umgebende Aufklärung in den Wahlkreisen Sorge zu tragen.

Neustadt im Schwarzwald: Der Parteitag beschließt: „Die Kommune“ ist für alle Vertreter unserer Partei in den Gemeinden obligatorisch. Sind Vertrauensleute durch Arbeitslosigkeit nicht in der Lage, den Betrag hierfür aufzubringen, so übernimmt in vielen Fällen der Landesvorstand die Kosten.

Billingen: Im Mitteilungsblatt sollen durch den Landesvorstand alljährlich nach Ablauf der Generalversammlungen die Namen und Adressen der Parteimitglieder bekannt gegeben werden.

Arbeitermobilmacht: Die Landeskonferenzen der Arbeitermobilmacht am 3. und 4. Mai 1930 in Baden-Baden erlosch den Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei Baden, nach Überwindung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise einen festen Beitragsanteil an die Arbeitermobilmacht abzuführen, etwa unter Einführung des schon öfter geforderten Kulturbetrags.

Offenburg: Der Parteitag wolle beschließen: Doppelfandaturen (Reichs- und Landtag) sind abzulehnen.

Parteiausschuss: Der Parteitag beschließt die Arbeiterklasse unter Führung der Sozialdemokratischen Partei findet im Zusammenwirken mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem VfA und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund und ihren angeschlossenen Verbänden lebendigen Ausdruck.

Aufgabe aller Parteigenossen, der Parteiorganisation und der Parteipresse ist es, die freien Gewerkschaften in ihrer Tätigkeit zu unterstützen.

Kampf den Nationalsozialisten
Weiter wurde folgende Entschliessung angenommen.

Die hemmungslosen, jeder sachlichen Grundlage entbehrenden Kampfmethoden der Nationalsozialisten führen zu einer beispiellosen Verwilderung des politischen Tageskampfes. Sie dienen dem unerhörten Selbstzweck und haben zum Ziel, die Vorkriegszeit der Kapitalistenklasse zu festigen und die Arbeiterklasse bewußt in ihrem Befreiungskampf zu hemmen.

Die fürchterliche Not, die Krieg und Inflation in weite Kreise unseres Volkes getragen hat, ist der Nährboden nationalsozialistischer Agitationsbemächtigungen. Die Überwindung dieser Notlage steht an das politische Verantwortungsbewußtsein der Sozialdemokratie die höchsten Anforderungen. Betragen von diesem Bewußtsein, ist die Sozialdemokratie entschlossen, in allen öffentlichen Körperlichkeiten, Reich, Staat und Gemeinde ihren politischen Einfluss zu herten, um in sachlicher Arbeit die am deutschen Volkskörper durch Krieg und Inflation gelideten Wunden zu heilen.

Die Sozialdemokratie steht gerade deshalb, weil sie in diesem Kampf unter Überwindung großer Widerstände in den letzten Jahren erfolgreich für die Arbeiterklasse in Reich, Staat und Gemeinde tätig gewesen ist, im Brennpunkt des politischen Tageskampfes. Sie wird unbeirrt aller Angriffe auf dem beschrittenen Weg sich weiter mit aller Entschiedenheit für die Interessen des arbeitenden Volkes einsetzen.

Der Parteitag ruft die gesamte Arbeiterklasse in Stadt und Land zu schärfstem Kampf auf gegen die lächerliche Agitationsdemagogie der Nationalsozialisten.

Landespolitik
Mannheim: Die badischen Reichs- und Landtagsabgeordneten werden ersucht, mit aller Entschiedenheit darauf hinzuwirken, daß von Reichswegen mit allen Mitteln die Grenzlandnot Badens bekämpft wird. Insbesondere ist die Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß der deutsche Westen mit seiner größtenteils industriellen Bevölkerung mindestens ebenso stark gelitten hat, wie der Osten.

Singen: Der Parteitag stellt mit Entzückung fest, daß bei den diesjährigen Budgetberatungen von liberaler Seite wieder ein Vorstoß gegen die wirtschaftliche Beilähmung des badischen Staates unternommen wurde. Der Parteitag ist der Auffassung, daß insbesondere die Landeselektrizitätswirtschaft des Staates mit aller Macht zu unterstützen ist, damit möglichst bald die Gesamtbedürfnisse des Landes in den Genuss billiger Stromtarife kommen kann.

Billingen: Die Landtagsfraktion wird ersucht, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Zahl der Revisionsbeamten des Gewerbeaufsichtsamtes in angemessener Weise vermehrt und nach Möglichkeit die Beamten aus den Kreisen der Arbeiter- und Angestelltenfraktionen entnommen werden.

Singen: Die Landtagsfraktion wolle mit allem Nachdruck darauf hinwirken, daß zur Verbesserung des Verkehrsverhältnisses des Landes nach Möglichkeit Autobuslinien eingerichtet werden. Soweit solche dem öffentlichen Verkehr dienen, sollen sie kostenlos durch die öffentliche Hand betrieben werden.

Mannheim: (Volkschule und höhere Schule.) Ursachen verschiedenster Art (Bermachtigung der Reichsregierung über die soziale und organische Ausgestaltung des öffentlichen Bildungswesens; frühzeitige Überbürdung der höheren Schule; Lage des Arbeitsmarktes; Überführung des Bevölkerungswesens usw.) haben eine ungünstige Umwandlung der höheren Schule erzeugt, die die Volksschule von höherer Schule und Hochschule gefährdet und ein erschreckendes Überangebot an akademisch gebildeten Kräften zur Folge hat.

Ein Staat, der, wie die deutsche Republik, unter ökonomischem Zwang steht, kann diesem unwirtschaftlichen Einfluß von Kräften an falscher Stelle nicht tatenlos zusehen.

So anerkanntenswerth die Verbreiterung der Bildung ist, so verhängt sich hinter dem derzeitigen Zustand doch eine tiefe Bildungsnot und ein großes Bildungsunrecht breiter Massen.

Dieser Zustand bringt für die Volksschule und den Volksschüler die Gefahr der Isolierung und des Ausschlusses von aller schöpferischen Berufslaufbahn mit sich und bedeutet darum eine schwere Gefährdung. Diese läßt sich erträglich nur beseitigen, wenn die Schulpolitik des Reiches dem Vorgehen Nordamerikas, Englands und Deutschlands folgt und die Schillerkraft in einer ausgedehnten Volksschule und einer hier daran anschließenden allgemeinen oder innerlich differenzierten Mittelschule zusammenfaßt.

Der Parteitag beauftragt die Landtagsfraktion, dieser Entwicklung Aufmerksamkeit zu schenken und im Rahmen des heutigen Schulaufbaus folgende Maßnahmen zu forcieren:

1. Das Ausleseverfahren beim Übergang zur höheren Schule ist zu vereinfachen. Die bisher in Baden getroffenen Maßnahmen sind weiter auszubauen. Die strengere leistungsmäßigere Gestaltung des Ausleseverfahrens während der gesamten Schulbahn ist durchzuführen. Die Vereinfachung des Auslese darf sich nicht auf Kosten des ärmeren Schülers vollziehen.

2. Die Oberstufe der Volksschule ist bei mäßiger Klassenbesetzung und bei Erweiterung der Schulpflicht auszubauen. Sie muß in Organisation und Methode so bemeinlich sein, daß jeder Schüler findet, was sein Weg ins Leben ist, und ihn auf diesem Wege fördern. Die so ausgebildete Volksschule kann als Ersatz der Volksschule kleinerer Städte wohl gelten.

3. Das Berufsaufwärtswesen ist auszubauen.

4. Es sind auch in den Städten spätere Übergänge zur höheren Schule zu schaffen.

Mannheim: (Fortbildungsschule.) Die Regierungserklärung betont die Notwendigkeit des Ausbaus der Fortbildungsschule. Hieraus ergeben sich folgende Forderungen:

1. Ebenso wie den im Gewerbe lebenden Lehrlingen in den Gewerkschaften ein Fachunterricht vermittelt wird, ist ein solcher auch für die landwirtschaftlichen tätigen Jugend einzurichten.

2. Die gewerblichen Fortbildungsschulen sind als nicht mehr zeitgemäß in Gewerkschaften umzuwandeln.

3. Die landwirtschaftliche Berufsschule hat allen Anforderungen der Berufskunde zu entsprechen. Ob dieses Ziel durch eine Umstellung der landwirtschaftlichen Winterschulen und einer Anzahl

DIE
GROSSE
MARKE
MAKEDON



DIE
GROSSE
MARKE
MAKEDON

MAKEDON CIGARETTENFABRIK G.M.B.H., MAINZ A. RH.

DER TRIUMPH DER QUALITÄT!

Millionen von Rauchern sind in kurzer Zeit treue Anhänger der hochwertigen MAKEDON-Zigaretten geworden.

Dies ist der volle Beweis dafür, daß der deutsche Raucher Qualität zu schätzen weiß, eine Tatsache, die ihm zur Ehre gereicht.

Versuchen auch Sie unsere Marken

MAKEDON PERFEKT 5 PF.

Generalvertretung: **Fritz Waibel**, Mannheim, Heinrich Lanzstraße 44, Tel. 40279, Niederlage: J 1, 14, Tel. 40279.

Meine bad. Chronik

Tödlicher Unfall

Stuttgart, 16. Mai. Ein schwerer Unfall ereignete sich heute kurz vor 1 Uhr bei der Abfahrtsstation Eisingen-Stadt. Jahre alte Maurer Leonhard Kiefer aus Niederbühl bei Eisingen stürzte beim Absteigen von einem noch in Gang befindlichen Betonwerkstein beladenen Anhängerkraftwagen und fiel tödlich, daß ihm ein Vorder- und Hinterrad über den Körper und er schwere innere und äußere Verletzungen davontrug. Er wurde in die hiesige Spezialklinik verbracht, wo er wenige Stunden darauf verschied.

Verstorbener

Am Freitagabend spielten eine Anzahl Schüler der Eisinger Straße Fußball. Als ein 19 Jahre alter Schüler den Ball, der ihm gehörte, an sich nahm, um fortzusetzen, ein 13 Jahre alter Junge auf ihn und schlug ihm ein Fausthieb in die Brust. Der Verletzte wurde sofort ins Krankenhaus verbracht, wo eine leichte Verletzung der Lunge festgestellt wurde.

Die Beze von Mörich

Die Beze von Mörich wird uns geschrieben:

Da vor etwa einem Jahr ein teutscher Jüngling vom 3. März 1929 in Mörich nach Wörich an der Federbach, in dieses rote, ja „malloste“ Mörich für die Mörich, dem. Aber, außer Eroberungen auf dem Gebiet der Liebe, dem Heldenjüngling, der nebenberuflich auch Lehrer ist, die größten Erfolge zuzurechnen, die langjährige Ortsgruppe Mörich, die in Mörich geübt werden an diesem „mallosten“ Mörich, kann nun benanntes Mörich an der Federbach, die in Mörich, was der Heldenjüngling einig Sinn bei Tag und Nacht ihm seine sonstigen „Betätigungen“ Zeit zu solchen Mörich. Und er wurde ein guter Lehrling bei seinem Vorgesetzten. Sind da in Mörich, wie anderwärts wohl auch, die einfältigen Leute, die noch an Heren glauben. Dies gibt der teutschen Heldenjüngling Veranlassung, seine giftige Wohlwollenblase zu eröffnen und im „Führer“ vom 3. Mai ein „Mörich“ der „Beze von Mörich“ loszulassen, in dem die Gesamtheit der „Beze von Mörich“ des Heren gesehen wird. Wichtig ist die Jugend mit dem Urteil, könnte man sagen, die mit raffinierter Bosheit systematisch die Wahrheit in Mörich würde. Es ist bezeichnend für das geistige Niveau der Möricher und „Anbänger, daß man ihnen summen kann, jolch die Geschichtsforschung zu glauben, die am Anfang des 19. Jahrhunderts ihren Aufschwung fand. Zuerst bringt nämlich der Geschichtsforscher und Chronist, der fanatische Möricher, die in der Einbildung des Hilerjünglings existierendes „Mörich“ vom Jahre 1630, das den gläubigen Lesern dantun schon im Jahre 1630 in Mörich der Herenglaube floriert, was natürlich mit angenehmen Grinsen und ensteter Begeisterung gelaubt wird.

Der teutsche Hilerjüngling aber doch raten, bevor solche Artikel verbricht, erst mal seine Geschichtskennntnisse aufzufrischen und seine „historische“ Nase in ein Mörich zu stecken, dann wäre ihm der für einen Lehrer der teutsche Kanon nicht poffert in diesem „Dokument“ der Margaritenkath Baden-Durlach einzuverleiben, statt der Margaritenkath Baden-Durlach. Sollte er aber nach diesen dringenden Geschichtsforschungen noch Zeit haben, so empfehle dem Hilerjüngling dringend die Vertüre von Krieger mit „Mörich“, die sich nicht löst er dann von den etwas teutschen Manieren, bei Turnspielstunden einzelne Schüler zu trennen, wie es 1830 zu Mörich geschehen ist. Das bestimmt barbarischer und mittelalterlicher an, als der wenn auch zu verurteilende Herenglaube einiger Möricher. Zu wünschen wäre es, er machte das in der teutschen Mörich wahr, bei der „Beze“ bleibe er keine Möricher. Wir wollen aber beiseite nicht haben, daß er geübt werden soll, noch länger in einem solchen Dorf als Lehrer sein. Wenn er geht, werden wir wohl nicht „heilen“, aber auch nicht beulen.

Wasserstand des Rheins

218, aef. 17, Waldsbut 394, aef. 9, Schullerinsel 288, aef. 12, aef. 38, Maxau 713, aef. 43, Mannheim 707, aef. 33

Aus aller Welt

Schweres Unglück auf der Saalburgbahn

Homburg, 18. Mai. Auf der Saalburgbahnstrecke, die jetzt genau 30 Jahre in Betrieb ist, ereignete sich heute nachmittag ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen zwei Wagen. Während des Gewitters fuhr ein von der Saalburg kommender Wagen über ein Ausweichfeld hinaus und stieß mit einem von Homburg kommenden anderen Wagen zusammen. Dabei wurden dem auf der vorherigen Plattform stehenden Kaufmann Ferdinand Fleischer aus Frankfurt a. M. beide Hüfte abgequetscht. Er hat bevor noch ärztliche Hilfe zur Stelle war. Der Wagenführer erlitt Beinverletzungen, die aber nicht schwerer Natur sind. Außerdem wurden einige Fahrgäste durch Glasplitter verletzt. Der Wagenführer des von Homburg kommenden Wagens rettete sich noch rechtzeitig durch Abspringen. Der Betrieb auf der Strecke konnte nach zwei Stunden wieder aufgenommen werden.

Das 13. Todesopfer der Calmette-Serums

Wien, 18. Mai. In den Folgen des Calmette-Serums ist heute ein weiterer erkrankter Säugling gestorben, so daß sich die Zahl der Todesopfer auf 13 erhöht hat.

Luftmord an einem Mädchen

Aus Basel wird gemeldet: Das Geheimnis, das seit Anfang Februar über dem Verschwinden eines 13jährigen Mädchens, namens Käthe Waldmeier, schwebte, ist nun gelüftet worden. Bei der Einmündung der Käthe in den Rhein bei Kleinbühlungen wurde in einem Verstoß unter Brettern die in Verwesung übergegangene Leiche eines Mädchens gefunden, die von der Polizei speziell auf Grund der Kleider und des Schulranzens als derjenige des verschundenen Mädchens festgestellt wurde. Nach der Lage der Leiche und dem Vorhandensein eines zerbrochenen Eimers und anderer Indizien kann angenommen werden, daß das Kind einem Luftmord zum Opfer gefallen ist.

Katzenmotorforscher Valier tödlich verunglückt

Berlin, 18. 5. Der Ingenieur Max Valier, der in den letzten Jahren durch seine zahlreichen Erfindungen bekannt geworden ist, die Rückstoßkraft der Rakete zu einem Antriebsmittel für Fahrzeuge, insbesondere Schnellflugzeuge zu entwickeln, ist gestern bei einem Modellversuch tödlich verunglückt.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Nach starker Erwärmung auf 25 Grad in der Ebene brachte der Vorüberzug einer Gewitterfront gestern nachmittag unter ergiebigen Regenfällen neue Abkühlung. Die innerhalb einer Stunde gefallenen Niederschläge erreichten 10 bis 20 Liter pro Quadratmeter. Heute früh liegen die Temperaturen bei 9 Grad. Die Wetterlage, die Ende letzter Woche durch hohen Druck über dem Kontinent gekennzeichnet war, hat durch eine von Island herangezogene Zirkone vorübergehend wieder zirkonales Charakter angenommen. Bei westlichen Winden werden wir daher noch veränderliches Wetter behalten.

Vorläufige Witterung für Dienstag, den 20. Mai:

Zeitweise wollos, tagsüber mäßig warm, meist trocken, westliche Winde.

Gemeindepolitik

Gemeinderatsbeschlüsse Grünwettersbach

1. Antrag zur Beschaffung einer Motorspritze wird abgelehnt.
2. Für Jugendklub und Geländekultur sollen von der Gemeindefasse 5 M gegeben werden.
3. Die Ausbildung des Reichsbühnenspieler wird abgelehnt.
4. Das Ableben der Wollweberin wurde von der Gemeindefasse 3 M überweisen werden.
5. Als Leichenwagenführer hat August Reich jun. ein Angebot eingereicht.
7. Verschiedene Eingänge wurden verlesen und genehmigt.

Gengenbach. (Som 14. Mai)

Die Verteigerung des Buchen und Eichen wird genehmigt. — Das Umlagererlöse soll wie bisher vom Finanzamt aufbewahrt werden. — Ein Bürgerklub wird zum Antritt seines angeborenen Bürgerrechts zugelassen. — Die von Herrn Bourat Vogelge forderte Vergütung für Arbeiten am Ortsbauplan wird genehmigt. Eine Weiterbearbeitung des Planes soll aber vorläufig unterbleiben. — Zwei Grundstücksänderungen wurden vorgenommen. — Von einer Beschwerde (Nollenstraße) wurde Kenntnis gegeben. Es soll nach Befristung der Sache mit den Beschwerdeführern verhandelt werden. — Das Sägen des Ge-

meinderechtholzes wurde an Frau Stok Witwe zu ihrem Angebot vergeben. — Der Ankauf des Garrens von Schall, Wittenweiler, wurde vorbehaltlich der Erteilung des Körcheins genehmigt.

Eine Waldschule in Mannheim

Das Kindererholungsheim Sandhof, das die Stadt Mannheim bekanntlich im vorigen Jahre von der Firma Hans erworben und an die Arbeitsgemeinschaft für Kindererholung weiterverpachtet hat, soll, gemäß einem Beschlusse des Stadtrats, künftig zum Teil als Waldschule für die Mannheimer Volksschulen Verwendung finden. Das Heim wurde am Montag seiner neuen Bestimmung übergeben. Die hiesige Schulbehörde hat aus sämtlichen Mannheimer Volksschulen 120 erholungsbedürftige Kinder ausgewählt, deren Eltern zum größten Teil erwerbslos oder Kurzarbeiter sind.

Gewerkschaftliches

Schiedspruch im Damenschneidergewerbe

Der Schlichtungsausschuss Freiburg fällt im Lohnstreit einen Schiedspruch. Danach wird der Antrag auf Lohnhöhung abgelehnt und die Beibehaltung der bisher geltenden Sätze bis zum 1. Oktober 1930 beschlossen. Erklärungsfrist läuft bis 23. Mai.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Bezirk Oststadt

Montag, 19. Mai, abends 8 Uhr, im „Bernhardshof“ Bezirksversammlung. Gen. Direktor Dr. Prull wird einen Vortrag halten über: „Wirkung der neuen Zölle und Steuern auf die Konsumenten“. Hierzu sind die Parteigenossen und -genossinnen, Volksfreund-leser und sonstige Interessenten freundlichst eingeladen.

Bezirk Mittel- und Südweststadt

Mittwoch, 21. Mai, abends 8 Uhr in der Gambinushalle Bezirksversammlung. Genosse Staatsanwalt Dr. Meiler spricht über: „Die Reform des Strafrechtbuchs“. Zahlreiches Erscheinen der Parteimitglieder und sonstiger Volksfreundabonnenten wird gewünscht.

Bezirk Beiertheim

Am Mittwoch, den 21. Mai, abends 8 Uhr, im Restaurant am „Beiertheimer Hof“ hält Gen. Farrer Rappes einen Vortrag über: „Kirche und Klassenkampf in Vergangenheit und Gegenwart“. Die Parteigenossen und -genossinnen werden gebeten, vollständig zu erscheinen. Freunde und Bekannte sind mitzubringen.

Bezirk Südstadt

Mittwoch, 21. Mai, abends 8 Uhr, findet in der „Deutschen Eiche“, Angartenstraße, eine Bezirksversammlung statt. In derselben wird Gen. Direktor Prull über das hochwichtige und aktuelle Thema: „Die Wirkung der neuen Zölle und Steuern auf die Konsumenten“ sprechen. Anschließend werden Filme von Partnern der GEG vorgeführt, die gewiß bei den Genossinnen und Genossen großes Interesse finden dürften. Es darf dabei ein guter Besuch erwartet werden.

Sozialdemokratische Bürgerauschussfraktion

Dienstag, 20. Mai, abends 8 Uhr, im Stadtratsgebäude Fraktionsitzung. Tagesordnung: Fortsetzung der Vorschlagsberatungen. Es ist Pflicht eines jeden Fraktionsmitgliedes, zu erscheinen.

Veranstaltungen

Montag, 19. Mai:
Abd. Landestheater: Bohemien. 19 Uhr.
Gottessen: Internationale Ringkämpfe. 20 Uhr.
Reichens-Vorstellung: Lullim: Die letzte Nacht auf der Titanic.
Union-Theater: Das Mädel mit der Peitsche.
Palast-Vorstellung: Lotte, das Warenhausmädchen.
Gloria-Palast: 4 Teufel.
Schauburg: Die weiße Käse von Bis Raff.
Badische Lichtspiele: Die neue Heimat. 16 und 20.30 Uhr.
Kunst: Zwei junge Herzen.
Kunsthaus: Experimentals-Vorführung: Fred Marion. 20 Uhr.

Chefredakteur: Georg Schöpplin. Verantwortlich: Politik, Prellhaat Baden, Volkswirtschaft, Aus aller Welt, Letzte Nachrichten: S. Gränerbaum; Bad. Landtag, Gewerkschaftliches, Aus der Partei, Kleine badische Chronik, Aus Mittelbaden, Durlach, Gerichtszeitung, Pensionen, Die Welt der Frau: Hermann Winter; Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jugendwerk, Heimat und Wandern, Briefkasten: Josef Giese. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Kräger. Sämtliche Wohnhaft in Karlsruhe in Baden. Druck u. Verlag: Verlagsgesellschaft des Volksfreunds S.m.b.H., Karlsruhe.

„Künstlerhaus“

Dr. med. R. A. Mayer

spricht:

Mittwoch 21. Mai
abends 8 Uhr

Eintritt frei!

in einem einmaligen, großen öffentlichen

Aufklärungs - Vortrag

mit Lichtbildern

über

„Gift oder nicht Gift“

in der modernen Krankheitsbehandlung.

Für Gesunde und Kranke gleich wichtig!

Kostenlose ärztliche Auskunftsstunden und Vorführung
Donnerstag, den 22. Mai im „Künstlerhaus“ von 10-1 und 3-7
Uhr. Ärztlich: 10-12 und 3-6 Uhr.

G. Wohlmuth & Co. A.-G., Furtwangen

STADTGARTEN

Pflegekind
Mädchen wird in liebevolle Pflege genommen, gegen mäß. Entschädigung. Angeb. u. Best. an das Volksfreundbüro.

Wichtige Frau f. Haushalt, 25 J. alt, l. d. Hände vormit. Zu erf. u. R. 519 im Volksfreundbüro.

Abend, den 20. Mai, von 15 1/2 bis 18 Uhr: 12

Mittags-Konzert der Harmonie-Kapelle

MONTAG, 19. MAI

bleiben unsere Geschäfts - Räume

GESCHLOSSEN

THETZ

HERMANN KARLSRUHE

Anthroposophie.

Zwei öffentliche Vorträge
v. Dr. Hans Bächenbacher Stuttgart
im Vortragssaal, Waldstraße 8
jeweils 8 1/2 Uhr abends

1. Mittwoch, den 21. Mai 1930:
Die Wiederkörperungslehre Rudolf Steiners
2. Mittwoch, den 28. Mai 1930:
Das Dasein nach dem Tode.
Anthroposophische Gesellschaft
Zweig Karlsruhe.
Kostenbeitrag 10 Abend 1 RM. Auf Wunsch Ermäßigung. 3854

Arbeit in sich. Stell. sucht: Wirtshaus (Ehem. 650 RM. geg. hoch. Jähr. Verleib) zu bestehen und gute Möglichkeit bei Arbeitslosigkeit. Angebote unt. Nr. 3843 im Volksfreundbüro. Best. an das Volksfreundbüro. Man verlange Vorkauf!

Kastatter Anzeigen

Bekanntmachung.

Die Kraftpolizei Kastatt - Witterdorf wird mangels genügender Zustimmung mit Ablauf des heutigen Tages aufgehoben.
Kastatt, den 17. Mai 1930.
Der Oberbürgermeister.
Kenne r.

Die städt. Schwimmbäder

sind von Montag, den 19. ds. Mts., ab geöffnet
Kastatt, den 16. Mai 1930.
Der Oberbürgermeister.
Kenne r.

